August 2012

KURSWECHSEL FÜR EIN
GUTES LEBEN

metallzeitung

MITGLIEDERZEITUNG DER IG METALL | JAHRGANG 64 | D 4713

WWW.IGMETALL.DE

AKTUELL SEITE 8
Über das Geld der IG Metall

ARBEIT SEITE 16
Siemens zahlt Eltern Betreuungsgeld

LEBEN SEITE 22
Einen privaten Unfall dem Chef melden

BEZIRK SEITE 28

Faire Arbeit in Sicht

ARBEIT: SICHER UND FAIR!

Eine Kampagne der **IG Metall**

Aus dem Inhalt

Aktuell

Das Geld der IG Metall: Die Mitgliederzahlen steigen und damit auch die Einnahmen der IG Metall. Was mit dem Geld passiert und wer das entscheidet, erklärt der Hauptkassierer im Interview. **Auf Seite 8 und 9 »**

Arbeit

Beruf und Familie: Siemens zahlt seinen Beschäftigten mit Kindern bis zu 600 Euro als Betreuungszuschüsse für Kitas und Kindergärten, damit sie möglichst schnell wieder an ihre Arbeitsplätze zurückkehren können. Das Geld können Väter wie Mütter in Anspruch nehmen. **Auf Seite 16 »**

Titelthema

Mehr für alle: Nach der Krise wird alles besser, versprachen die Arbeitgeber. Dann würden sie auch wieder fest einstellen. Die Krise ist vorbei und die Zahl junger Menschen in unsicheren Arbeitsverhältnissen steigt. Eine Politik mit fatalen Folgen. Sie verschleudert die Potenziale junger Menschen und nimmt ihnen ihre Zukunftschancen. Die IG Metall fordert deshalb den Arbeitsmarkt fair und sicher zu regeln. **Auf den Seiten 18 bis 21 »**

Leben

Von wegen privat: Wenn ein Beschäftigter in seiner Freizeit einen Unfall hat, an dem ein Dritter Schuld ist, gelten besondere Regeln. Und zwar dann, wenn man deshalb arbeitsunfähig wird und im Betrieb ausfällt. Was dann zu tun ist, zeigt der Rechtsfall. **Auf Seite 22 »**

Impressum

Herausgeber: Berthold Huber, Detlef Wetzel, Bertin Eichler,
Beauftragter der Herausgeber: Jan Engelhardt

Anschrift: Redaktion **metall**zeitung
Wilhelm-Leuschner-Straße 79,
60329 Frankfurt am Main

Redaktionsleiterin: Susanne Rohmund (verantw. i.S.d.P.)
Chefredakteurin: Susanne Rohmund

Chefin vom Dienst: Ilka Grobe
Redaktion: Dirk Erb, Martina Helmerich, Sylvia Koppelberg, Fabienne Melzer, Antonela Pelivan
Gestaltung: Gudrun Wichelhaus-Decher
Bildredaktion: Michael Schinke
Sekretariat: Beate Albrecht, Marion Brunsfeld
www.igmetall.de/metallzeitung

Vertrieb: Reinhold Weißmann,
Telefon: 069–66 93-22 24
Fax: 069–66 93-25 38
E-Mail: vertrieb@igmetall.de

Anzeigen: Petra Wedel
Telefon: 06151–81 27-0
Fax: 06151–89 30 98,
E-Mail: info@zweiplus.de

Druck und Versand: apm AG, Darmstadt

Leser-Telefon:
0800–446 38 25
Montag bis Freitag:
9:00 Uhr bis 16:00 Uhr (gebührenfrei)
Fax: 069–66 93-20 02
E-Mail: metallzeitung@igmetall.de

Leser-Briefe:
Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Mitglieder zu Wort kommen zu lassen. Es ist leider nicht möglich, alle Leserbriefe und Leser-E-Mails abzudrucken.

metallzeitung erscheint monatlich. Für Mitglieder der IG Metall ist der Bezug im Beitrag enthalten. Das Papier, auf dem die **metall**zeitung gedruckt wird, besteht zu 70 Prozent aus Altpapier und zu 30 Prozent aus FSC- und PEFC-zertifiziertem Holz, das aus nachhaltiger Waldbewirtschaftung in Süddeutschland und in der Schweiz stammt.

Unser Angebot für sehbehinderte und blinde Mitglieder:
metallzeitung gibt es auch als Word- oder als PDF-Datei. Bestellung an:
metallzeitung@igmetall.de

Titelfoto: Thomas Range

Leserbriefe

IG Metall stiehlt sich aus der Verantwortung

metallzeitung 7/2012,
Interview zur Energiewende

»Das Interview zeigt, dass sich der Vorstand der IG Metall aus der Verantwortung stehlen will. Die Abkehr von der Atomenergie erfolgte nicht aufgrund technischer oder wirtschaftlicher Vernunft, sondern in der Folge von politischer Stimmungsmache. Wir Mitglieder der IG Metall sind nicht so unbedarft zu glauben, dass in einem großen Industrieland die sogenannte Energiewende ohne Mühe und deutliche Steigerung der Energiepreise vonstattengeht. Der IG Metall-Vorstand sollte auf unsinnige Aussagen wie ›Sonne und Wind kosten nichts‹ verzichten und sich seiner Verantwortung für das Mitwirken im viel-stimmigen Konzert der Panikmacher stellen.«
Heinrich Krichel, Lampertheim

Weniger Verkehr

metallzeitung 7/2012,
Mobilität der Zukunft

»Es geht nicht nur um Klimaschutz. Der stetige Anstieg des Rohölpreises signalisiert: Der kostbare Rohstoff wird knapper. Das zurückgehende Angebot wird eine Reduzierung des Verbrauchs über den Preis erzwingen. Auch mit nachwachsenden Rohstoffen ist eine Aufrechterhaltung des motorisierten Individualverkehrs im bisherigen Umfang oder gar ein weiteres Wachstum nicht zu erreichen. Die Bahn sollte die Hauptlast des Verkehrs bewältigen. Alles andere – das mit Ökostrom betriebene Auto oder der Bus, das Binnenschiff oder das Flugzeug – können die Bahn nur ergänzen.«
Herbert Weiß, Stahnsdorf

»Wenn von Elektromobilität gesprochen wird, sollte nicht vergessen werden, dass seit über 100 Jahren auf der Schiene mit elektrischen Antrieben gefahren wird. Diese Antriebe haben mit ihrer Leistungssteuerung und Stromrückspeisung heute einen Effizienzgrad erreicht, wie er vom Individualverkehr nie erreicht werden kann.«
Helmut Weinert, Mannheim

»Auf Seite 20 der Juliausgabe der metallzeitung haben Sie ein Schiff mit zwei senkrecht stehenden Rotoren abgebildet. Diese Rotoren wurden von Anton Flettner in den 20er-Jahren, also vor annähernd 100 Jahren, entwickelt, in Schiffe eingebaut und erfolgreich eingesetzt.«
Werner Osterfeld, per Mail

»Die IG Metall sollte einen eigenen umfassenden ökologischen Ansatz wählen, der wahrscheinlich immer gegen die Konzerninteressen durchgesetzt werden muss. Im Mittelpunkt muss die Vermeidung und Verkürzung von Verkehrswegen und Transporten stehen. Der öffentliche Nah- und Fernverkehr muss ausgebaut werden. Die Fahrpreise dürfen ein symbolisches Minimum nicht übersteigen. Die IG Metall könnte ihre Vernetzung zum Aufbau eigener solidarischer Verkehrsstrukturen wie Carsharing, Mitfahrbörsen oder Kampagnen ›Mit dem Fahrrad zur Arbeit‹ nutzen.«
Thies Gleiss, Köln

Deutsch ist manchmal präziser als Englisch

metallzeitung 6/2012,
Leserbrief zu Bild des Monats – Tripods

»Nur selten beschreibt ein englisches Wort einen Sachverhalt besser als das deutsche. Das Wort Tripod wird ja in erster Linie für ein dreibeiniges Fotostativ benutzt. Es bedeutet lediglich ›Dreibein‹. Das Bild des Monats zeigt präzise ausgedrückt ein dreibeiniges Stahlrohrfundament für eine Windkraftanlage auf hoher See.«
Andreas Geis, Bühl

Europa braucht eine Wachstumsstrategie

POLITIK | Europa benötigt dringend Investitionen in Wachstum sowie eine Steuerpolitik, die Einkommen von Unternehmen, Kapital und Vermögen in die Pflicht nimmt.

Der EU-Gipfel brachte Ende Juni in Brüssel einen gemeinsamen Pakt für Stabilität und Wachstum von rund 120 Milliarden Euro auf den Weg. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung. Die europäischen Staats- und Regierungschefs setzen auf Impulse für mehr Wachstum. Und das ist gut so, denn wir brauchen Wachstumsstrategien, damit die Währungsunion funktioniert. Ein Zusammenbruch hätte verheerende Folgen. Allein in Deutschland wären hunderttausende Arbeitsplätze bedroht.

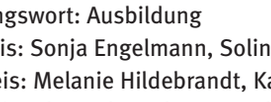
Foto: Frank Rumpenhorst

»Nur einer starker Euro kann als Weltreservewährung fungieren.« Berthold Huber, Erster Vorsitzender der IG Metall.

Pakt reicht nicht. Der neue Wachstumspakt zeigt zwar, dass die Europapolitiker beginnen, in eine neue Richtung zu denken. Aber es fehlen weitere offensive Maßnahmen sowie soziale und auch ökologische Innovationen. Es braucht eine aktive, koordinierte und beteiligungsorientierte Industriepolitik. Hier müsste auch der Pakt stärker ansetzen.

Dass in der aktuellen Debatte nur über die Krise der Staatsfinanzen, nicht aber über die Steuerpolitik der Länder geredet wird, ist ebenfalls ein unhaltbarer Zustand. Deshalb begrüße ich es, dass sich die Bundesregierung – nach langem Zögern – für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer in Europa stark machen will. Dabei muss allerdings ganz klar sein, dass diese Steuer so gestaltet wird, dass sie tatsächlich hochspekulative Geschäfte unattraktiv macht. Und: Europa braucht neben der Finanztransaktionssteuer auch Mindestregeln für die Besteuerung von Kapital und Unternehmen in der EU.

Die Krisenpolitik setzt derzeit auf Sozialabbau, Lohnsenkung und sogar die Aushebelung der Tarifautonomie. Das ist zutiefst ungerecht und unsozial. Die IG Metall schlägt einen anderen Weg vor: Europa braucht die politische Union, um den Finanzmarkt zu bändigen und demokratisch legitimierte Prozesse zu etablieren. Nur so kommen wir zu einer Solidarunion, die die Krise überwinden kann. Die europäischen Staaten können nur gemeinsam im internationalen Vergleich mit den USA und China bestehen. Und nur eine starker Euro kann als Weltreservewährung fungieren. Das Ziel der IG Metall ist ein politisch vereintes und wirtschaftlich starkes Europa. ■



FRAGE UND ANTWORT

Sicher muss man nicht bei jeder kleinen Schnittwunde den Rettungswagen rufen. Aber bin ich versichert, wenn ich einen verletzten Kollegen zum Arzt bringe?
Martin Dünnebacke, am Tel.

Antwort der Redaktion:
Ersthelfer sind immer versichert. Wer als Privatperson einer verletzten Kollegin oder einem Passanten hilft und sich dabei verletzt, ist über die gesetzliche Unfallversicherung versichert.

Wenn der Chef Beschäftigte anweist, einen Kollegen zum Arzt zu bringen, befindet sich der Ersthelfer auf einem Dienstweg und ist über die Berufsgenossenschaft versichert. Es kann sein, dass die Unfallkasse des jeweiligen Bundeslandes zahlen muss. Das klären die Versicherer unter sich. Helferin oder Helfer bekommen aber in jedem Fall ihre Leistungen. ■

Foto: Deklofenak/Fotolia.com

Wer andere zum Arzt fährt, ist immer versichert.

Beschämend

metallzeitung 7/2012, Inklusion: Deutschland hinkt hinterher

»In letzter Zeit fällt positiv auf, dass Ihr immer mal wieder auch die Belange von Menschen mit Behinderung berücksichtigt. So auch in der letzten Ausgabe, in der Ihr über die Inklusion im Staatenvergleich berichtet.

Es ist schon beschämend, dass ein Land wie Deutschland die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention nach wie vor in weiten Teilen einfach ignoriert und sich der Zusammenarbeit mit den Betroffenen oftmals verweigert. Allerdings wurde die Konvention nicht – wie berichtet – in 2008 ratifiziert, sondern erst in 2009 – was natürlich den Umgang damit nicht besser macht. In unserer Beratungsstelle stellt sich immer wieder heraus, dass es vorrangig die ›Barrieren in den Köpfen‹ abzubauen gilt.«

André Schade, Zentrum für selbstbestimmtes Leben behinderter Menschen, Mainz

Gegen Sozialabbau

metallzeitung 7/2012, Betriebliche Altersvorsorge

»Bei einem sinkenden oder stagnierenden Einkommen ist es den meisten Beschäftigten gar nicht möglich, Geld für eine private Altersvorsorge abzuzwacken. Wir als Gewerkschafter können uns nicht auf Merkel und Co. verlassen. Wir können aber mit guten Tarifabschlüssen und einer Umverteilung von oben nach unten, dem Sozialabbau begegnen.«

Katharina Schreiter, Stuttgart

GEWONNEN HABEN

Juni-Rätsel
Lösungswort: Ausbildung
1. Preis: Sonja Engelmann, Solingen
2. Preis: Melanie Hildebrandt, Kaufbeuren
3. Preis: Alexander Schwarz, Habach

BILD DES MONATS

Ein Kollege für alle Felle

Hunde im Büro sorgen für tierisch gutes Klima. Das beweisen zahlreiche Studien. Außerdem motivieren Haustiere und sorgen für Stressabbau. Beim Streicheln eines Vierbeiners sinkt beispielsweise der Blutdruck. Das fand die Universität New York in einer Studie heraus. Kein Wunder, dass auch in diesem Jahr wieder 1000 Unternehmen mitmachten bei »Kollege Hund«. Das ist der jährliche Aktionstag des Deutschen Tierschutzbunds im Juni. An diesem Tag sollen Beschäftigte die Möglichkeit erhalten, ihre Hunde mit an den Arbeitsplatz zu bringen, um für gutes Betriebsklima zu sorgen.

Gute Arbeit im Büro. Damit sich Beschäftigte auch an allen anderen Tagen nicht hundeelend fühlen, hat die IG Metall im vergangenen Jahr die Initiative »Gute Arbeit im Büro« ins Leben gerufen. Ziel der Initiative ist es, schlechte Arbeit als solche zu erkennen. Beschäftigte und ihre Betriebsräte suchen gemeinsam nach Lösungen für bessere Arbeitsbedingungen.

Denn Themen wie Arbeitspensum, Arbeitsplatzergonomie, Stress, Lärm, Raumklima, Arbeitszeit sowie Arbeitsorganisation nehmen IG Metall und ihre Betriebsräte tierisch ernst. Zahlreiche Ratgeber gibt es unter **www.igmetall.de/gutearbeit**. ■

Checklisten, ob der Chef hundetauglich oder der Hund bürotauglich ist, gibt es unter:
www.stadthunde.com

Oder per Smartphone mit diesem Bildcode:

Foto: Monkeybusiness Images/panthermedia.net

Allianz gegen Stress

REGELN GEGEN STRESS

Die Anti-Stress-Verordnung der IG Metall ist vorbereitet: Ein Vorschlag wie man zunehmenden Fehlbelastungen am Arbeitsplatz Einhalt gebieten kann.

Die IG Metall hat den Entwurf für eine Anti-Stress-Verordnung ausgearbeitet. Es geht darum, eine wichtige Lücke im Arbeits- und Gesundheitsschutz zu schließen: Den Schutz vor psychischen Fehlbelastungen am Arbeitsplatz, die krank machen. Der Entwurf enthält konstruktive Vorschläge und besteht aus 12 Paragrafen. Sie nehmen die Arbeitgeber in die Pflicht, die Gefährdungsfaktoren für die Arbeitsplätze zu ermitteln. ImKlartext: Der Chef muss gewisse Anforderungen erfüllen. Zum Beispiel die Beschäftigten nach ihren Fähigkeiten einsetzen, die Leistung dem Alter anpassen, ihnen Handlungsspielräume geben, Arbeitstakte sowie den Wechsel zwischen Arbeit und Freizeit gesundheitsverträglich gestalten. Vorgesetzte müssen eine Leitungs-Qualifikation haben, um die Beschäftigten regelmäßig in Entscheidungen einzubeziehen, um sie zu fördern und um Konflikte professionell zu lösen.

Fakten und Mitstreiter. Die Faktenlage ist längst klar: Immer mehr psychischer Stress belastet immer mehr Kolleginnen und Kollegen, macht krank und verursacht Kosten. Viele Arbeitswissenschaftler, Mediziner und auch Politiker unterstützen die Forderung nach einer verbindlichen Regelung. ■

Ilka.Grobe@igmetall.de

Der vollständige Entwurf:
www.igmetall.de/antistressverordnung

PFLAUME DES MONATS

Holznagel trifft Nagel auf den Holzkopf

Hilfeeee! Wir haben über sechs Monate praktisch nur für »den Staat« gearbeitet. 51,7 Prozent unseres hart verdienten Gelds knöpft uns »der Staat« ab, für Steuern und Sozialversicherungen. Diese Geschichte hat im Juli Reiner Holznagel, Präsident des Bunds der Steuerzahler, erzählt. Wir haben die Zahl überprüft und kommen auf etwa 38,6 Prozent im Schnitt. Wir wollen nicht kleinlich sein, fragen aber: Was macht »der Staat« mit den Einnahmen? Nicht unter anderem Straßen ausbauen, Schulen finanzieren und für Rente oder Krankenversicherung sorgen? Sondern schafft er es etwa heimlich in die Schweiz? Trotz Steuern und Abgaben: Wir sind nicht so arm, dass wir uns vom Steuerzahlerbund für dumm verkaufen lassen müssen. ■

Reiner Holznagel leitet ein Panikorchester.

Foto: Florian Schuh/dpa/pa

ZAHLEN UND FAKTEN

30,5

Privat ist schlechter
Zwischen 1991 und 2010 ist der Anteil der öffentlichen Krankenhäuser an den rund 2200 Hospitälern bundesweit von 46 auf 30,5 Prozent geschrumpft, der der privaten von 15 auf 32,9 Prozent gestiegen (Rest: gemeinnützige). Dabei sind die Öffentlichen nach Studien technisch und preislich effizienter – obwohl die Beschäftigten besser verdienen: So erhält eine Pflegekraft im öffentlichen Krankenhaus laut Statistischem Bundesamt im Schnitt rund 4750 Euro brutto mehr im Jahr als ihre Kollegen in privaten.

41

Stress macht Frührentner
Von Jahr zu Jahr gehen mehr Menschen wegen psychischer Leiden vorzeitig in Rente. Im vergangenen Jahr waren nach den Zahlen der Deutschen Rentenversicherung 41 Prozent aller neu bewilligten Erwerbsminderungsrenten psychisch bedingt, 1996 erst 20,1 Prozent.

10

Wirtschaft braucht Euro
Wenn die Euro-Währung zusammenbräche, würde die deutsche Wirtschaft im ersten Jahr danach um bis zu zehn Prozent schrumpfen und die Arbeitslosigkeit auf über fünf Millionen Menschen steigen. Das sagt nach einem Bericht des »Spiegel« ein unveröffentlichtes Szenario des Bundesfinanzministeriums voraus.

Foto: industriALL

Gründungskongress: Mit der IndustriAll Global Union stellen sich die Industriegewerkschaften der Welt neu auf.

Globale Solidarität

INDUSTRIALL GLOBAL UNION

Mehr als 1000 Gewerkschafter aus allen Teilen der Erde haben im Juni in Kopenhagen eine neue internationale Gewerkschaftsföderation gegründet. Rund 50 Millionen Arbeiter aus 140 Ländern werden künftig von der IndustriAll – Global Union repräsentiert.

Der frisch gewählte Präsident des neuen Gewerkschafts-Dachverbandes IndustriAll ist IG Metall-Vorsitzender Berthold Huber. Für ihn ist die wichtigste Herausforderung für die neue Organisation, mit aller Kraft gegen Regierungen und Konzerne vorzugehen, die Menschen- und Gewerkschaftsrechte missachten oder Gewerkschafter verfolgen, foltern, inhaftieren und ermorden lassen. »Wir müssen so etwas wie Amnesty International für verfolgte Gewerkschafter werden«, fordert er.

Gemeinsam und global soll gegen prekäre Beschäftigung, die moderne Form der Ausbeutung, gekämpft werden. »Wir müssen verhindern, dass eine verlorene Generation ohne ausreichende Einkommensperspektiven und ohne soziale Verwurzelung heranwächst.« Gewerkschaften müssen weiterhin weltweite Netzwerke und globale Arbeitnehmervertretungen aufbauen. »Kapital ist mobil, Arbeitnehmer sind es sehr viel weniger«, sagte Huber.

Eine der ersten Kampagnen von IndustriAll Global ist die für einen existenzsichernden Lohn. In vielen Ländern reicht das Einkommen nicht einmal für die lebensnotwendigen Dinge. Arbeiter bekommen Hungerlöhne – im wahrsten Sinne des Wortes. Manchem Fabrikarbeiter bleiben nicht mehr als ein Dollar pro Tag zum Überleben, mancherorts brechen durch Unterernährung erkrankte Arbeiter zusammen. Dagegen anzukämpfen ist eines der Ziele der »Living Wage Campaign«. Es gilt, Druck zu machen auf multinationale Konzerne, Arbeitgeber und Regierungen.

WISSEN

Die Führungsspitze

Präsident von IndustriAll ist IG Metall-Vorsitzender Berthold Huber, der Generalsekretär ist Jyrki Raina (IMF, Finnland). Die Vizepräsidenten sind Senzeni Zokwana (NUMSA, Südafrika), Tom Buffenbarger (IAM, USA und Kanada) und Hisanobu Shimada (UI Zensen, Japan).

Viele Branchen vereint. Die IndustriAll Global Union repräsentiert Arbeitnehmer aus einer Vielzahl von Industrie-Sektoren. Im globalen Dachverband sind die internationalen Industriegewerkschaftsverbände aufgegangen: IMB (Internationaler Metallgewerkschaftsbund), ICEM (Chemie-, Energie-, Bergbau- und Fabrikarbeitergewerkschaft) sowie der ITBLAV (Internationale Textil-, Bekleidungs- und Lederarbeiter-Vereinigung). Entsprechend universal sind auch die Branchen, die von IndustriAll repräsentiert werden. Die Öl- und Gasförderung und der Bergbau gehören ebenso dazu wie die Erzeugung und Verteilung elektrischer Energie, die Herstellung von Metallen und Metallprodukten, der Schiffbau und die Automobilindustrie. Auch die Beschäftigten der Luft- und Raumfahrt, des Maschinenbaus und der Elektronik haben mit IndustriAll künftig eine starke globale Vertretung. Dazu kommen die Branchen Chemie, Gummi, Zellstoff und Papier, Baumaterialien, Textilien, Bekleidung, Leder, Schuhe und Umweltdienstleistungen. Zu den Mitgliedern von IndustriAll gehören Beschäftigte in der Produktion ebenso wie Büroangestellte, Techniker, Forschungspersonal und hochqualifizierte Fachkräfte.

Mit der Bildung einer globalen Organisation ist ein schlagkräftiges Gegengewicht zur Macht multinationaler Unternehmen entstanden. IndustriAll tritt an, um für eine Globalisierung nach anderen Regeln zu kämpfen und gegen die neoliberale Politik vorzugehen, die von den nationalen Regierungen und den globalen Institutionen vorangetrieben wird. Sie will sich für ein Wirtschafts- und Sozialmodell einsetzen, das den Menschen an erster Stelle sieht. ■

www.industriall-union.org

RECHT NAH DRAN

Chef kündigte einem Vater nach Antrag auf Elternzeit

Viele junge Mütter und Väter nutzen die Elternzeit, um vom Job zu pausieren und sich in den ersten 14 Monaten nach der Geburt um ihren Nachwuchs zu kümmern. Doch wer in Elternzeit gehen will, sollte damit bei seinem Chef nicht zu früh aufschlagen. Es könnte böse Folgen haben. Metaller Marc Blumberg hat es erlebt. Der Lüdenscheider arbeitete bei einer Refaconsult im Außendienst. Ein Job mit langen Arbeitszeiten und vielen Dienstreisen. In einer E-Mail forderte der 42-Jährige bessere Arbeitsbedingungen. Gleichzeitig kündigte er an, dass er Vater werde und in Elternzeit gehen wolle.

Beweislast. In einem Personalgespräch teilte der Geschäftsführer ihm ohne Umschweife mit, dass die Firma gegen ihn aktiv werde. Ihr Ziel: Blumberg sollte nicht den besonderen Kündigungsschutz erlangen. Dieser hätte ihm mit der bevorstehenden Elternzeit zugestanden. Wenige Tage nach dem Gespräch landete die Kündigung im Briefkasten. »Mein Fehler war, dass ich die Elternzeit zehn Tage zu früh angemeldet habe«, sagt Marc Blumberg. Er rät daher, die Elternzeit erst zum spätmöglichsten Zeitpunkt anzumelden. Und zwar sieben Wochen vor dem Termin. Der Grund: Der besondere Kündigungsschutz besteht zwar mit Antrag, frühestens jedoch acht Wochen vor Beginn der Elternzeit.

Blumberg ließ sich das nicht bieten: Er zog vor Gericht und machte geltend, dass die Kündigung gegen das sogenannte Maßregelungsverbot verstoße, weil ein enger zeitlicher Zusammenhang zwischen Anmeldung der Elternzeit, dem Personalgespräch und der Kündigung bestand. »Dank meiner E-Mail konnte ich die Maßregelung ausreichend darlegen.« Jetzt hätte der Arbeitgeber beweisen müssen, dass man die Kündigung aus einem anderen, plausiblen Grund, erteilt hatte. Das gelang Refaconsult weder in der ersten noch in der zweiten Instanz. Das LAG Hamm gab dem Vater Recht. In einem weiteren Verfahren wurde Refaconsult verurteilt, dem Metaller das entgangene Gehalt von mehr als zwei Jahren nachzuzahlen. ■

Antonela.Pelivan@igmetall.de

Auf ganzer Linie gescheitert

Das Urteil des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) ist vernichtend: Die Pflegereform ist auf ganzer Linie gescheitert. Die Regierung hat es versäumt, Pflegebedürftigkeit angemessen zu definieren. Die Versorgung Demenzkranker bleibt unzureichend. Und die Finanzierung steht auf wackeligen Füßen. Die Versicherten sollen mit einer privaten Zusatzversicherung die Lücke schließen. Mit fünf Euro pro Monat will Gesundheitsminister Bahr sie bezuschussen. »Das Risiko Pflege wird weiter privatisiert«, kritisiert Hans-Jürgen Urban, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall. »Ein menschenwürdiges Leben im Alter hängt allein vom Geldbeutel ab.« Ändern ließe sich das mit einer solidarischen Bürgerversicherung. ■

KURZ & BÜNDIG

BMW reduziert Leiharbeit

Der Betriebsrat von BMW hat im Kampf gegen Leiharbeit einen Teilerfolg erzielt. Die Zahl der Stammbeschäftigten wird um 3000 aufgebaut, entsprechend verringert sich die Zahl der Leiharbeiter. Horst Lischka, der Unternehmensbeauftragte der IG Metall, begrüßte die Vereinbarung als ersten Schritt in die richtige Richtung. Weitere müssen folgen.

Berthold Keller auf seinem Gewerkschaftsausweis von 1978

Foto: FES-Archiv

Keller ist verstorben

Im Alter von 85 Jahren ist am 28. Juni Berthold Keller verstorben. Keller war von 1978 bis 1990 Vorsitzender der Gewerkschaft Textil–Bekleidung. Sein Engagement galt den Interessen der Kolleginnen und Kollegen der Textil-, Bekleidungs- und Lederbranche und darüberhinaus der sozialen Ausgestaltung des freien Welthandels.

Von der Saar ins Meer

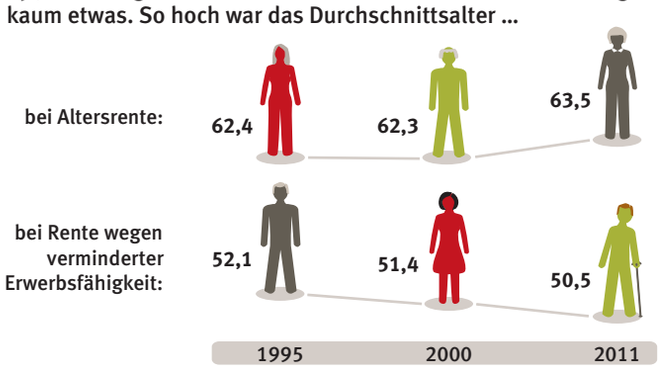
Die Windenergiebranche schafft auch Stellen in anderen Wirtschaftszweigen, zum Beispiel in der Stahlindustrie. So wird die Dillinger Hütte aus Grobblech die Fundamente für Offshore-Windräder von Steelwind Nordenham herstellen. Rund 300 Arbeitsplätze werden dadurch geschaffen. Mehr Informationen:

www.igmetall-kueste.de

DIE ARBEITSWELT IN ZAHLEN

Renteneinsteiger werden kaum älter

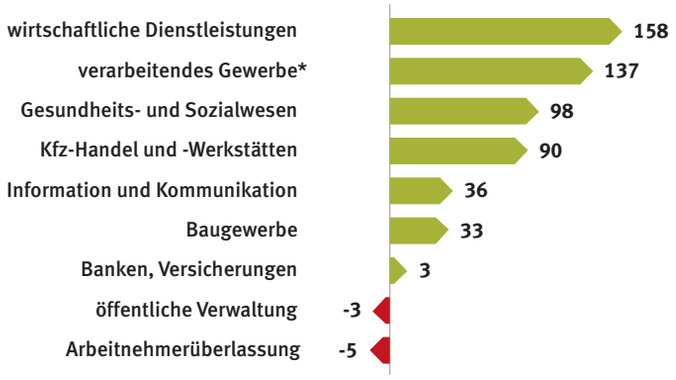
Obwohl der Rentenbeginn nach dem Gesetz stufenweise auf 67 Jahre steigen soll, ändert sich am tatsächlichen Rentenbeginn kaum etwas. So hoch war das Durchschnittsalter ...



Quelle: Deutsche Rentenversicherung

Viele neue Stellen in Industrie und Handwerk

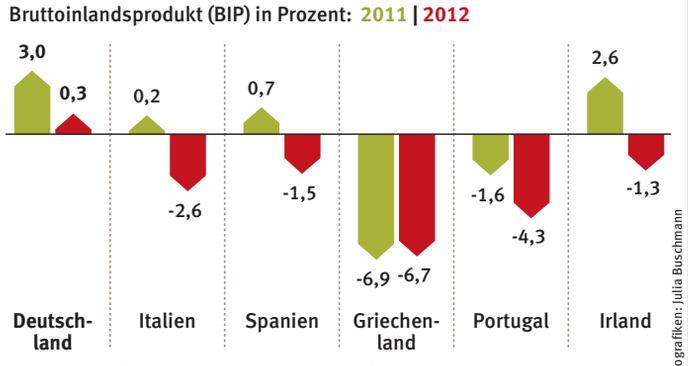
So veränderte sich die Zahl der Beschäftigten in den einzelnen Wirtschaftszweigen zwischen April 2011 und April 2012. (Angaben in 1000)



*Die Branchen Metall, Stahl,Textil, Bekleidung sowie Holz und Kunststoff gehören zum »verarbeitenden Gewerbe«. | Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Aussichten der EU-Länder sind sehr unterschiedlich

So wächst oder schrumpft die Wirtschaft (BIP) in Deutschland und in den besonders krisengebeutelten Ländern der EU (2012: Prognose der Wirtschaftsforschungsinstitute):



Quellen: Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung/Eurostat

Infografiken: Julia Buschmann

Blick in die Kasse der IG Metall

INTERVIEW | Die IG Metall finanziert sich aus den Beiträgen ihrer Mitglieder. Wofür werden diese Gelder verwendet? Der Hauptkassierer Bertin Eichler gibt Auskunft.

Die wichtigste Frage zuerst: Wie steht es um die Finanzen der IG Metall?

Bertin Eichler: Die IG Metall ist nicht nur politisch, sondern auch finanziell sehr gut aufgestellt. Wir haben ein Mitgliederplus, und das jetzt schon im zweiten Jahr hintereinander. Das wirkt sich natürlich auch auf die Beitragseinnahmen aus.

Außerdem haben wir in den letzten Jahren eine Finanzstruktur geschaffen, die sich stabilisierend auf das Ergebnis der IG Metall auswirkt. Und das, ohne dass wir an unseren Aufgaben einsparen müssen. Die IG Metall ist damit für die kommenden Jahre finanziell stabil aufgestellt.

Wie hoch waren denn die Beitragseinnahmen im letzten Jahr?

Eichler: Sie lagen bei 459 Millionen Euro. Das ist viel Geld, mit dem wir verantwortungsvoll umgehen. Durch gute Tarifabschlüsse, wie zuletzt in der Metall- und Elektroindustrie mit 4,3 Prozent, werden die Beitragseinnahmen auch dieses Jahr steigen. Das freut mich aus zwei Gründen: Wir können damit wichtige Projekte vor Ort finanzieren und trotzdem einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen.

Was bedeutet das?

Eichler: Dass wir ein positives Ergebnis ausweisen und zwar nach Rückstellungen, die wir in Höhe von 15 Prozent der Beitragseinnahmen jedes Jahr bilden.

Wofür sind denn diese Rückstellungen?

Eichler: Erstens natürlich für die Streikkasse. Zum Zweiten sichern wir damit unsere Verpflichtung gegenüber den Mitgliedern aus den Satzungsleistungen ab: Zum Beispiel den Rechtsschutz und die Freizeit-Unfallversicherung. Und drittens decken wir damit unsere Verpflichtungen aus der betrieblichen Altersversorgung ab. Dieses Geldvermögen wird professionell und verantwortungsvoll von uns angelegt und kontrolliert. Die Kapitalanlagen sind konservativ und sicher ausgewählt. Wir zocken nicht!

Werden die Beiträge nach der Tarifrunde automatisch angepasst?

Eichler: Darüber berät der Vorstand nach jeder Tarifrunde: Er beschließt die Höhe der Beitragsanpassung, so wie jetzt nach der Tarifrunde in der Metall- und Elektroindustrie. Für deren Umsetzung sind dann die Verwaltungsstellen vor Ort und die Bezirksleitungen verantwortlich. Gleiches gilt für die Anpassung der Mitgliedsbeiträge der Rentnerinnen und Rentner. Für die Renten gab es zuletzt Anfang Juli eine Erhöhung. Der Vorstand hat beschlossen, auch hier die Beiträge entsprechend anzupassen.

Fotos: Frank Rumpenhorst

Bertin Eichler ist geschäftsführendes Vorstandsmitglied und kümmert sich seit 16 Jahren um die Hauptkasse.

Wie viel Geld bekommen die Verwaltungsstellen für ihre Arbeit vor Ort?

Eichler: Das waren letztes Jahr rund 164 Millionen Euro. Das sind circa 35 Prozent der gesamten Beitragseinnahmen der IG Metall. Damit werden in unseren Verwaltungsstellen und in den Betrieben Mitlieder betreut und geworben.

Damit gute Arbeit vor Ort gemacht werden kann, haben wir in den letzten Jahren immer öfter in eigene Gewerkschaftshäuser investiert. Teilweise wurden Gebäude saniert, teilweise aber auch neu gebaut. Besonders stolz bin ich auch darauf, dass wir letztes Jahr das neue Bildungszentrum in Sprockhövel einweihen konnten. Dort werden zum Beispiel Betriebsräte, Vertrauensleute und Jugendvertreter in qualitativ hochwertigen Seminaren auf ihre Arbeit vorbereitet oder weitergebildet.

Für die IG Metall vor Ort gibt es ja seit Kurzem zusätzliches Geld: den Investitionsfonds. Wofür nutzen wir ihn?

Eichler: Der Investitionsfonds ist eines unserer wichtigsten Projekte der vergangenen Jahre. 16 bis 20 Millionen Euro werden jährlich zusätzlich vor Ort in strategische Projekte fließen. Dazu gehören Projekte, die die Belegschaften bei der Betriebsratsgründung unterstützen sowie Projekte, mit denen wir neue Wachstumsbranchen gewerkschaftlich organisieren. Kurz: Das sind Investitionen in eine stabile Zukunft der IG Metall.

Ein großer Posten ist ja auch immer der Rechtsschutz für unsere Mitglieder: Wie hoch ist der?

Eichler: Der Rechtsschutz ist eine unserer wichtigsten Satzungsleistungen. In 2011 war das eine Summe von 23 Millionen Euro, die wir hierfür ausgegeben haben. Der größte Teil davon geht an die DGB Rechtsschutz GmbH, die wiederum mit ihren Juristinnen und Juristen die Gewerkschaftsmitglieder arbeits- und sozialrechtlich berät oder sogar vor Gericht vertritt.

Entscheidet der Vorstand über alle Ausgaben?

Eichler: Ja. Der Vorstand entscheidet über die Budgets der Vorstandsverwaltung, der Bezirksleitungen, der Bildungszentren und wie viel Geld für die Projekte ausgegeben wird. Dafür hat er ein Strukturmodell beschlossen. Das regelt, wie viel Prozent der Beiträge auf die Budgets verteilt werden. Die Finanzausstattung der Verwaltungsstellen ist in unserer Satzung geregelt. Änderungen kann hier nur der Gewerkschaftstag mit einer Zweidrittelmehrheit beschließen. ■

Ilka.Grobe@igmetall.de

WISSEN

Wer zahlt welchen Beitrag?

1 Prozent	vom Bruttoeinkommen zahlen Voll- und Teilzeitbeschäftigte, Azubis und Beschäftigte im berufsbegleitenden Studium. Wer in Altersteilzeit geht, zahlt von seinem bisherigen Beitrag mindestens 70 Prozent (gesetzliche Altersteilzeit) oder mindestens 80 Prozent (bei tariflicher Altersteilzeitregelung).
0,5 Prozent	ihres Einkommens zahlen Rentnerinnen und Rentner, Kranke mit Krankengeldbezug sowie Umschüler.
2,05 Euro	zahlen Schülerinnen und Schüler sowie Studentinnen und Studenten.
1,53 Euro	zahlen Mütter und Väter in Elternteilzeit sowie Erwerbslose.

Diese Beiträge sind in der Satzung festgelegt. Wer seinen Beitrag korrekt zahlt, hat Anspruch auf alle Leistungen, die die IG Metall bietet.

KURZ & BÜNDIG

Investment mit Verstand

Das Versorgungswerk Metallrente hat die Prinzipien für verantwortungsbewusstes Investment der Vereinten Nationen unterzeichnet. Damit verpflichtet sich Metallrente, aktiv für ökologische Nachhaltigkeit, soziale Verantwortung und ethische Belange der Unternehmensführung einzutreten. Details:
www.metallrente.de

Foto: Pavle Marjanovic/panthermedia.net

Tischler haben gut abgeschnitten.

Tischler mit Tarif

Endlich, nach 13 Jahren, gibt es wieder IG Metall-Tarifverträge für rund 45 000 Tischler in Norddeutschland und NRW. Neben höheren Löhnen stehen ihnen erstmals nach langer Zeit wieder bis zu 13 Monatsentgelte zu. Die Arbeitgeber hatten vorher schlechtere Verträge mit »christlichen« Gewerkschaften abgeschlossen. Die hatte das Landesgericht Hamm jedoch für nichtig erklärt.

Neue Hotline-Nummer

Das Beratungstelefon für Mitglieder der IG Metall in Leiharbeit ist ab 1. August kostenfrei. Die neue Nummer lautet: **0800–4463488.**
Die Beratungszeiten bleiben unverändert: Montag, Dienstag, Donnerstag von 10 bis 16 Uhr, Mittwoch von 10 bis 18 Uhr und Freitag von 9 bis 12 Uhr. Neben der telefonischen Auskunft hilft auch gerne die IG Metall vor Ort weiter.

Damit der Topberuf nicht zum Flop wird

KFZ-HANDWERK

In der Kfz-Branche liegt einiges im Argen. Die Entgelte hinken hinter denen in anderen Branchen her – weil die meisten Firmen sich nicht an Tarifverträge binden. Ein Fehler. Denn viele haben schon Probleme, neue Leute zu finden. Die Sorgen hätten sie nicht, wenn sie Arbeit nach Tarif bieten würden. Die neuen Tarifverträge sind die besten der letzten zehn Jahre. **Text: Sylvia Koppelberg**

Philipp Zänker hat, was sich lange Zeit viele Jugendliche gewünscht haben: einen Ausbildungsplatz als Kfz-Mechatroniker. Der Traumjob für alle, die Spaß an Technik und Autos haben. Kfz-Mechaniker und der Nachfolgeberuf Mechatroniker sind auf der Hitliste junger Männer bisher unangefochten auf Platz eins.

Gewesen. Denn neuerdings bilden die Bewerbungsschreiben, die in Kfz-Werkstätten und Autohäusern eingehen, nur noch dünne Häufchen. Vor rund zehn Jahren bewarben sich in der BMW-Niederlassung in Chemnitz, in der Philipp Azubi ist, noch mehr als 50 Schulabgänger. »Jetzt sind es nur noch etwa drei«, berichtet der 22-Jährige, der sich als Jugendvertreter in seinem Betrieb ganz gut auskennt.

In anderen Kfz-Betrieben zeigt sich das gleiche Bild. Um ihre Ausbildungsplätze zu besetzen, sehen sich Firmen schon gezwungen, neue Wege zu gehen. »Wir sind seit Juli auf Facebook, wo sich die Jugendlichen online bewerben können«, schildert Katja Grau. Sie ist Betriebsratsvorsitzende im Vertriebszentrum Mitte der OTLG in Baunatal, einer VW-Tochterfirma, die Händler mit Originalersatzteilen und -zubehör versorgt.

Warum das Interesse so nachgelassen hat, darauf hat Philipp eine klare Antwort. »Das liegt an der Vergütung. Wenn es weniger Schulabgänger gibt, gehen sie doch lieber dahin, wo die Bedingungen besser sind.« Zumal ihr Leben nicht billig ist. Viele müssen zwischen Betrieb und Elternhaus pendeln oder sich eine

Philipp Zänker muss wie viele Azubis viel Geld für die Fahrten zur Berufsschule ausgeben. Wenn die Vergütung nicht stimmt, finden die Kfz-Betriebe bald keinen Nachwuchs mehr, meint er.

Foto: Igor Pastierovic

Foto: Heiko Meyer

»Das ist der beste Tarifabschluss, den wir je hatten«, sagt Katja Grau über das Ergebnis fürs Kfz-Gewerbe. Die 34-Jährige ist Betriebsratsvorsitzende im Vertriebszentrum Mitte der VW-Tochter OTLG in Baunatal.

Wohnung mieten. Dicke Löcher ins Portmonee reißen oft auch die Fahrten zwischen Berufsschule und Arbeitsort. Auch Philipp ist davon betroffen. Er muss vom nächsten Ausbildungsjahr an nach Leipzig fahren, hin und zurück pro Tag 100 Kilometer. »Da kann man sich ausrechnen, was übrig bleibt, wenn man mit 500 Euro brutto Ausbildungsvergütung einsteigt«, sagt er.

Bindungsunwillig. Im Handwerk wird seit jeher schlechter verdient als in der Industrie. Bei Autoherstellern zum Beispiel bekam ein Arbeitnehmer 2011 mit Urlaubs-, Weihnachtsgeld und allem Drum und Dran im Durchschnitt 4095 Euro brutto, in der Industrie insgesamt 3456 Euro und im Kfz-Gewerbe nur 2916 Euro. So die Zahlen des Statistischen Bundesamts. Auch Azubis erhalten im Handwerk weniger, und in Ostdeutschland noch mal weniger als in Westdeutschland. »Durch die Berufsschule weiß ich, dass viele hier nur 380 Euro brutto im Monat bekommen«, berichtet Philipp.

Das alles hat einen handfesten Grund: In über 80 Prozent der Betriebe gelten keine Tarifverträge. Die Arbeitgeber zahlen, was sie wollen. Würden zum Beispiel die Azubis in Chemnitz nach Tarif bezahlt, hätten sie im ersten Ausbildungsjahr jetzt immerhin fast 500 Euro. Und würden sie im Westen lernen, je nach Tarifgebiet sogar 540 bis 692 Euro.

Eine Ursache für die Kluft ist, dass außer im Saarland, in Hessen und Rheinland-Pfalz nirgendwo mehr die Kfz-Innungen Tarifverträge abschließen. Stattdessen haben sie dafür »Tarifgemeinschaften« gebildet, denen sich die Betriebe anschließen können, aber nicht müssen. Nur 1567 von 38 560 Betrieben haben das getan.

Mitte Juli meldete sich ein Serviceberater bei der IG Metall, der in einem Autohaus im Bergischen Land arbeitet, in einem der zahllosen Betriebe ohne Tarifvertrag. »Alles Lug und Betrug«, klagte er. Und berichtete, dass er statt der tariflichen 36,5 Wochenstunden 40 arbeiten muss, 25 Urlaubstage statt 30 hat, aber nur 2256 Euro brutto im Monat bekommt statt der tariflichen 3000, und kein Urlaubs- und Weihnachtsgeld extra.

»Wir kämpfen um jeden Betrieb«, sagt Carsten Kretschmann von der IG Metall Köln-Leverkusen, an den er sich Rat suchend gewandt hatte. Aber das ist ein hartes Stück Arbeit. Denn in der Branche gibt es eine Vielzahl von kleinen Betrieben, in denen die IG Metall zudem wenige Mitglieder hat. Wie da etwas in Bewegung setzen? In großen Betrieben und Niederlassungen der Autokonzerne sind meist genug Beschäftigte in der IG Metall. Unter solchen Bedingungen gelingt es oft, Haustarifverträge durchzusetzen. Aber ohne aktive Mitglieder geht gar nichts.

Streikwillig. Dass es sich lohnt, in der IG Metall zu sein und Tarifverträge zu erkämpfen, hat die aktuelle Tarifbewegung fürs Kfz-Handwerk gezeigt. Seit April hat die IG Metall in den meisten Tarifgebieten Verhandlungen geführt. Gefordert hatte sie zwischen 6 und 6,5 Prozent. Inzwischen gibt es fast überall neue Verträge. Sie enthalten die höchsten Abschlüsse der letzten zehn Jahre: Zwischen 3,7 und 4 Prozent mehr Geld, bei einer Laufzeit von zwölf bis 13 Monaten. Und zum Teil zusätzlich kräftige Einmalzahlungen.

»Das war der beste Tarifabschluss, seit es unser Unternehmen gibt«, sagt Katja Grau von OTLG. Sie und ihre 232 Kolleginnen und Kollegen in Baunatal haben einiges dafür getan. Sie veranstalteten zum ersten Mal, seit es den Standort gibt, einen Warnstreik. Fast die komplette Frühschicht beteiligte sich. Insgesamt machten bundesweit rund 10 000 Beschäftigte aus 150 Kfz-Betrieben bei Warnstreiks mit.

Katja und ihre Betriebsratskollegen gewannen vor und in der Tarifauseinandersetzung dutzende Kollegen für die IG Metall; fast 60 Prozent der Belegschaft sind jetzt Mitglieder.

Unter den Neuen sind auch Azubis. Denn auch für die Auszubildenden hat sich die Tarifrunde gelohnt. Je nach Ausbildungsjahr erhalten sie zwischen 25 und 50 Euro mehr, in NRW sogar bis 77 Euro. Auch bei der Übernahme wurde ein Anfang gemacht: In Baden-Württemberg und Bayern werden Ausgelernte zwölf Monate übernommen, in Berlin, Brandenburg und Sachsen immerhin schon mal sechs Monate und in anderen Gebieten haben sich die Arbeitgeber verpflichtet, über das Thema zu reden.

»Die nicht tarifgebundenen Firmen sollten endlich auch den Tarifgemeinschaften beitreten«, sagt Alwin Boekhoff, im IG Metall-Vorstand für Tarifpolitik im Handwerk zuständig. »Sonst haben sie beim Wettrennen um gute Leute in Zukunft ganz schlechte Karten.« Die Liste der Topberufe führen dann bald andere an. ■

ZAHLEN

Das Kfz-Handwerk auf einen Blick

357 350	Beschäftigte
38 560	Betriebe
1 567	Betriebe davon in Tarifgemeinschaft
3 106	Euro brutto Monatsverdienst*
3,7–4,0	Tariferhöhung plus Einmalzahlungen
435	Euro brutto niedrigste tarifliche Azubivergütung (Brandenburg, 1. Jahr)
879	Euro brutto höchste tarifliche Azubivergütung (Ba-Wü, 4. Jahr)
36–37,5	Stunden tarifliche Wochenarbeitszeit
28–30	Tage tariflicher Urlaub
50	Prozent tarifliches Urlaubsgeld

*Durchschnitt vor Tariferhöhung

Gefährdungen erkennen

RECHT SO | **Arbeitgeber sind verpflichtet, Gefahrenquellen in ihrem Betrieb zu ermitteln und abzustellen. Warum die Gefährdungsbeurteilung in vielen Unternehmen immer noch stiefmütterlich umgesetzt wird, erläutert Tjark Menssen.**

Tjark Menssen ist Jurist bei der DGB Rechtsschutz GmbH.

Foto: Olaf Hermann

Die Durchführung der Gefährdungsbeurteilung am Arbeitsplatz ist nach dem Gesetz seit 1996 zwingend vorgeschrieben, um mögliche Gefahrenquellen zu erkennen und zu beseitigen. Dazu gehören sowohl körperliche als auch psychische Belastungen. Dabei sollen nicht bloß Unfälle, sondern ebenso Gesundheitsgefahren umfassend vermieden werden. Dieser Prozess ist nicht mit einer einmaligen Untersuchung erledigt. Arbeitgeber und Arbeitnehmer müssen eng zusammenarbeiten, um den Gesundheitsschutz stetig zu verbessern.

BR bestimmt mit. Für die Durchführung solcher Untersuchungen hat der Betriebsrat nicht nur ein zwingendes Mitbestimmungsrecht, sondern ebenso die Pflicht, selbst aktiv zu werden. Während in großen Betrieben das Bewusstsein um den Gesundheitsschutz in der Regel stärker ausgeprägt ist und dank der Betriebsräte die Kenntnisse und Interessen der Beschäftigten eingebracht werden, stößt die Umsetzung in kleinen und mittleren Unternehmen eher auf Schwierigkeiten, wenn kein Betriebsrat besteht. Dort, wo der Betriebsrat in der Lage ist, die Beschäftigteninteressen objektiv einzubringen, scheut sich der einzelne Beschäftigte häufig, Gefahren zu benennen. Manchmal ist einem aus der Routine der Arbeit heraus die Gefahr auch nicht mehr bewusst. Das Handwerkszeug, mit dem man täglich arbeitet, nehmen Beschäftigte selbst gar nicht mehr als Gefahrenquelle wahr. Zudem sehen zahlreiche Arbeitgeber die Gefährdungsbeurteilung immer noch als formalistisches Regelwerk an, das in erster Linie Arbeit macht und Geld kostet. In solchen Betrieben sind insbesondere die gewerkschaftlich organisierten Kollegen gefragt, gemeinsam auf die Durchsetzung der gesetzlichen Vorgaben zu drängen.

Wenn die Beurteilung von Verletzungsgefahren noch vergleichsweise einfach erscheint, wird die Zunahme der psychischen Belastung bei der Arbeit häufig unterschätzt. Arbeitsverdichtung, ständige Erreichbarkeit für den Chef auch nach Feierabend gehören hier zu. Das Erkennen und Benennen solcher Gefahren ist nur der erste Schritt.

Dort, wo aber ein Schutz vor körperlichen Verletzungen durch entsprechende Sicherungsmaßnahmen verbessert werden kann, ist der Schutz vor psychischer Belastung nur durch gemeinsame Vereinbarung möglich. ■

WISSEN

Das Portal zum Thema

Das Online-Portal »Gefährdungsbeurteilung« liefert Unterstützung bei der Gefährdungsbeurteilung, macht den Prozess transparent und erleichtert über eine Datenbank den Zugang zu relevanten Handlungshilfen. Die Infos eignen sich sowohl für Laien als auch für Experten:

www.gefaehrdungsbeurteilung.de

Anzeige

Aus- und Weiterbildung mit der DEKRA Akademie

Sie brauchen eine Weiterbildung, Zusatzqualifizierung oder müssen Ihre Wiederholungsprüfung ablegen? Dann ist unsere Qualifizierung

„Schweißtechnik"

mit Prüfung nach DIN EN 287-1 (Stahl) oder DIN EN ISO 9606 (Alu) die optimale Lösung! Eine Förderung durch die Agentur für Arbeit bzw. Jobcenter ist möglich. **Informieren Sie sich jetzt!**

DEKRA Akademie GmbH
Infotelefon: 0711.7861-3939

www.dekra-akademie.de

DEKRA
Alles im grünen Bereich.

Krank am Gleitzeittag

Erkrankt ein Arbeitnehmer an einem Tag, an dem er sich auf Kosten seines Gleitzeitguthabens frei genommen hat, so darf der Arbeitgeber das Arbeitszeitkonto belasten, die Stunden also abbuchen.

Das Landesarbeitsgericht (LAG) Berlin-Brandenburg lehnte die Klage eines Arbeitnehmers auf Gutschrift der Stunden ab, die auf den Zeitraum der Erkrankung entfielen. Danach ist der Anspruch auf Arbeitszeitausgleich schon durch die Freistellung von der Arbeitspflicht erfüllt. Der Arbeitnehmer trägt hier das Risiko, wenn er am Gleitzeittag krank wird.

Der Anspruch auf Entgeltfortzahlung greift daher nicht, weil die Arbeitsunfähigkeit nicht alleinige Ursache für den Ausfall der Arbeitsleistung ist und die Arbeitspflicht aus anderen Gründen entfällt. ■

AZ: 4 Sa 331/11

PRODUKT

Falten und ab in die Tasche

Notebook und Handy, arbeiten bei Kunden, zu Hause oder unterwegs – für viele Beschäftigten beruflicher Alltag. Manche vernachlässigen dabei den eigenen Komfort. So nutzen zwar die meisten Geschäftsreisenden unterwegs ihr Notebook. Doch kaum einer macht sich auch noch die Mühe, die PC-Maus in die Laptoptasche zu packen.

Die Falt-Maus. Abhilfe schafft der Hersteller Trust, der mit der »Curve Wireless Foldable Mouse« eine praktische PC-Maus entwickelt hat. Das Besondere: Die Maus ist nicht nur schnurlos, sondern auch faltbar. Bei ihrem Einsatz klappt man die Maus einfach auf und kann sie sofort benutzen. Die Faltmaus bietet kabellose Freiheit mit einem Funkbereich von sieben Meter. Der sehr kleine USB-Empfänger kann zudem in der Maus aufbewahrt werden. Sie wiegt 85 Gramm und hat die Maße 22 x 295 x 124 Millimeter. Sie ist mit den Fingern leicht und ohne Abweichung von der natürlichen Handposition bedienbar. Sobald man die Maus zusammenfaltet, schaltet sie sich automatisch ab. ■

Antonela.Pelivan@igmetall.de

Praktisch für unterwegs: die faltbare Maus von Trust

Foto: trust

Foto: AVAVA/Fotolia.com

Papa-Monate sind beliebt. Jeder vierte Mann macht mit.

WISSEN

Bilanz nach fünf Jahren
Immer mehr Väter bleiben nach der Geburt zu Hause. In Bayern mehr als im Saarland:

1. In Bayern und Sachsen nahmen die meisten Väter Papamonate. Hier bezogen ein Drittel aller Väter Elterngeld. Im Saarland blieben nur etwa 15 Prozent der Väter zu Hause.
2. Männer nehmen häufiger Elterngeld, wenn ihre Frauen im Beruf stehen. Bei diesen Paaren pausierte ein Drittel der Väter (zwölf Prozent bei den nicht erwerbstätigen Müttern).
3. Mütter bekommen häufiger nur den Mindestbetrag von 300 Euro (43 Prozent) als Väter (19 Prozent).

Mehr Papis machen mit

FAMILIE UND BERUF

Fünf Jahre nach Einführung des Elterngeldes nutzt jeder vierte Vater die Möglichkeit und bleibt nach der Entbindung zu Hause. Doch die Politik könnte mehr tun, um partnerschaftliche Modelle zu fördern.

Wickelvolontariat nannten es manche abfällig, als die Bundesregierung vor fünf Jahren mit dem Elterngeld die Partnermonate einführte. Volle 14 Monate gibt es das Elterngeld nur, wenn beide Eltern nach der Geburt pausieren. Bleibt nur einer zu Hause, kann er oder sie maximal 12 Monate Elterngeld bekommen. Mit den Partnermonaten wollte die Regierung Vätern den Weg in eine Babypause schmackhaft machen.

Partnermonate wirken. Nun hat das Statistische Bundesamt Bilanz gezogen und stellt fest: Die Partnermonate wirken. Während in Vor-Elterngeld-Zeiten gerade einmal 3,5 Prozent der Väter nach der Entbindung zu Hause blieben, nahm 2010 jeder vierte Vater Elternzeit. Allerdings beschränkt sich die große Mehrheit noch immer auf die Partnermonate. Gut drei Viertel der Väter ging für maximal zwei Monate in Elternzeit. Nur jeder 15. Vater blieb ein Jahr zu Hause.

Mit dem Elterngeld hat es die Politik offenbar geschafft, das Väter mehr Zeit mit ihrem Nachwuchs verbringen. Allerdings übernehmen auch im Jahr fünf des Elterngeldzeitalters noch immer Frauen den Löwenanteil an der Kindererziehung. Die IG Metall hätte Ideen, wie sich das ändern ließe. Denn die geltenden Regeln benachteiligen Väter und Mütter, die sich die Elternarbeit teilen: Wenn sie gleichzeitig Elternzeit nehmen und Teilzeit arbeiten, bekommen sie das Elterngeld nur für sieben Monate. Die IG Metall fordert, solche partnerschaftlichen Modelle nicht länger zu benachteiligen. Langfristig empfiehlt sie, Väter und Mütter jeweils zur Hälfte der Elterngeldmonate zu verpflichten, wenn sie die volle Leistung bekommen wollen. ■

Fabienne.Melzer@igmetall.de

Chronisch krank

STANDPUNKT

Bundesregierung und Arbeitgeber wollen, dass wir alle länger arbeiten. Doch wie soll das gehen, wenn die Gesundheit ruiniert ist? Dafür haben sie das immer gleiche Rezept: mehr Eigenverantwortung und eine gesunde Lebensweise. Viele Krankheiten sind aber arbeitsbedingt, deshalb muss hier angesetzt werden.

Foto: Leonid Yastremskiy/panthermedia.net

Vor allem bei chronischen Krankheiten spielt die Arbeit oft eine Rolle. Es gilt, diese Risikofaktoren aufzuspüren.

Die Arbeitsbedingungen haben sich in den vergangenen Jahren rasant verändert. Personalknappheit, Leistungsverdichtung und Arbeitshetze sind Alltag in den Betrieben. Wer nicht mithalten kann, steht doppelt unter Druck: in der Arbeit und mit der Angst, arbeitslos zu werden.

Krank zur Arbeit. Jeder Zweite ist innerhalb eines Jahres mehrfach krank zur Arbeit gegangen, wie der DGB-Index Gute Arbeit 2011 festgestellt hat. Kein Wunder, dass chronische Krankheiten immer weiter um sich greifen. Wer eine Krankheit nicht auskuriert, läuft Gefahr, dass sie sich weiter verschlechtert und unheilbar wird.

Chronische Krankheiten sind – neben den psychischen Erkrankungen – vor allem Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Diabetes, die Atemwegserkrankungen und die Muskel-Skelett-Erkrankungen. Sie bestimmen das Krankheitsgeschehen, das heißt sie stellen die meisten erfassten Krankheitstage. Wer häufig krank ist läuft Gefahr, entlassen zu werden. Das ist einer der Gründe, weshalb Arbeitslose mit knapp 25 Krankheitstagen die Statistik anführen.

Vorzeitiges Ausscheiden. Dauert eine Erkrankung lange, wächst bei den Betroffenen der Wunsch, aus dem Erwerbsleben auszuscheiden. Weil sie keinen anderen Ausweg mehr sehen. Leisten kann sich das niemand, denn die finanziellen Einbußen sind erheblich. Pro Jahr werden etwa 190 000 Rentenanträge wegen verminderter Erwerbsfähigkeit bewilligt. Insbesondere wegen chronischer Krankheiten. Darunter mit steigender Tendenz und einem Anteil von mittlerweile einem Drittel aller Anträge psychische Erkrankungen. Das Durchschnittsalter der Betroffenen liegt bei der

WISSEN

Vorbildlich: Das Hautarztverfahren der Berufsgenossenschaften

Hauterkrankungen sind die häufigsten berufsbedingten Erkrankungen. In mehr als 30 Prozent aller Fälle führen sie zum Arbeitsplatzverlust. Da häufig ein beruflicher Zusammenhang nicht erkannt wurde, es aber gute Heilchancen gibt, wenn rechtzeitig behandelt wird, wurde das »Hautarztverfahren« eingeführt: Wenn bei Hautsymptomen die Möglichkeit besteht, dass sie durch die berufliche Tätigkeit verursacht ist, überweist der Arzt den Patienten an einen Hautarzt. Dieser informiert die Berufsgenossenschaft (BG) unverzüglich, wenn sich der Verdacht erhärtet. Die BG veranlasst eine Besichtigung des Arbeitsplatzes, eine Schulung des Beschäftigten und eine optimale Heilbehandlung. Auch bei anderen Erkrankungen kann der Hinweis auf mögliche Einflüsse der Arbeit helfen. Einfach den Arzt oder die Ärztin darauf ansprechen.

Antragstellung bei circa 50 Jahren. Bei psychischen Erkrankungen noch darunter.

Vorsorge tut Not. Chronische Krankheiten sind nicht zwangsläufig: Der Einfluss schlechter Arbeitsbedingungen ist hinreichend belegt. So gehen die Wissenschaftler Siegrist und Dragano davon aus, dass das arbeitsbedingte Verschleißrisiko, wie sie es nennen, bei Muskel-Skelett-Erkrankungen und auch bei Herz-Kreislauf-Erkrankungen bei etwa 30 Prozent liegt. Bei psychischen Erkrankungen liegt es mit 40 Prozent noch darüber. Das bedeutet, dass ein großer Teil der Krankheiten vermieden werden könnte, wenn die Arbeitsbedingungen besser wären.

Meist sind die Betroffenen einem ganzen Bündel belastender Arbeitsbedingungen ausgesetzt: anhaltend hohe körperliche Belastungen kombiniert mit zunehmender psychischer Belastung und ungünstigen Arbeitszeiten. Wer die Gesundheit schützen und chronischen Krankheiten vorbeugen will, muss also hier ansetzen.

Das ist auch eine soziale Herausforderung. Eine Studie aus dem Jahr 2011 belegt, dass Menschen mit niedrigen Einkommen und geringeren Qualifikationen öfter an chronischen Krankheiten leiden. Als Ursachen werden von den Forschern der enge finanzielle Spielraum und der geringere Lebensstandard genannt. Das schränkt auch die Möglichkeiten ein, Verantwortung für die Gesundheit zu übernehmen, die die Arbeitgeber so gerne verlagern wollen.

Maßnahmenpaket. Wir brauchen ein Bündel von Maßnahmen, um die Gesundheit der Beschäftigten zu schützen:

- An erster Stelle steht die Gestaltung guter Arbeit. Hier sind die Arbeitgeber gefordert, Verantwortung zu übernehmen. Das Arbeitsschutzgesetz fordert eine Arbeitsgestaltung, die die Gesundheit schützt. Durch Gefährdungsbeurteilungen im Betrieb sollen Schwachstellen in der Arbeitsumgebung aufgedeckt werden, um Verbesserungen umzusetzen. Der Nachholbedarf ist erheblich (siehe dazu auch Seite 12).
- Gebraucht werden Arbeitsplätze, an denen chronisch Kranke entsprechend ihren Einsatzeinschränkungen arbeiten können. Das Betriebliche Eingliederungsmanagement ist eine wichtige Handlungsgrundlage, Beschäftigung zu fördern. In Tarifverträgen sind Regelungen zur Arbeitsgestaltung bei Beschäftigten mit Einsatzeinschränkungen festgelegt.
- Erforderlich ist zudem ein Gesundheitssystem, das Leistungen rechtzeitig und ausreichend für alle zur Verfügung stellt und in dem die Gesundheitsvorsorge erheblich ausgebaut wird. Dazu gehören auch Angebote, die die Gesundheitskompetenz fördern. Denn nur diejenigen können Verantwortung übernehmen, die dazu die Kenntnisse und finanziellen Voraussetzungen haben. Und: Wer nicht mehr kann, muss vorzeitig ausscheiden können ohne in Armut zu fallen.

Schwerbehindertenvertretungen, Betriebsräte und gewerkschaftliche Selbstverwalter der Sozialversicherungen sind Ansprechpartner in Sachen Gesundheit. Kontakte kann die örtliche IG Metall-Verwaltungsstelle herstellen. ■

Petra.Mueller-Knoess@igmetall.de

Zur Autorin

Foto: Privat

Petra Müller-Knöß, 51, arbeitet bei der IG Metall im Bereich Arbeitsgestaltung und Gesundheitsschutz. Ihre Schwerpunkte sind unter anderem die Arbeitsmedizin und die Gefahrstoffpolitik.

DAS STICHWORT

Blue|Card, die;

Die »Blue Card« ist die Eintrittskarte für Menschen aus Nicht-EU-Staaten in den deutschen Arbeitsmarkt. Sie erteilt Hochqualifizierten aus Drittstaaten eine dreijährige Aufenthaltsgenehmigung, wenn sie einen Arbeitsvertrag haben und mindestens 44 000 Euro pro Jahr verdienen. In Berufen, in denen besonders viel Mangel an Fachkräften herrscht, reichen 33 000 Euro. Die Bundesregierung setzt damit die EU-Richtlinie mit einem Jahr Verspätung um.

Unter Einsteigerniveau. Mit der neuen Zuwanderungsregel senkt die Regierung die bisherigen Einkommensgrenzen deutlich ab. Sie will damit dem Fachkräftemangel begegnen. Die IG Metall kritisiert die Absenkung als Klientelpolitik für Arbeitgeber. Ein Jahreseinkommen von 33 000 Euro liegt unter den Tarifverträgen der IG Metall für IT- und Engineering-Spezialisten. Selbst Berufsanfänger steigen höher ein. Die IG Metall wirft der Regierung vor, Lohndumping auf dem deutschen Arbeitsmarkt zu fördern. Auch aus Sicht der Zuwanderer bietet die neue Regelung wenig. Hochqualifizierte können nach drei Jahren ein Daueraufenthaltsrecht bekommen, wenn sie einen Arbeitsvertrag und gute Deutschkenntnisse nachweisen. Doch was sind gute Deutschkenntnisse? Für Menschen aus Drittstaaten bleibt die Lage unsicher. Die IG Metall fordert ein Zuwanderungsrecht, das für diese Menschen gute Arbeits- und Lebensbedingungen schafft. Ein Jahresgehalt von 33 000 Euro und ein ungewisses Bleiberecht bieten das nicht.

Mit einer Politik, die ausländische Spezialisten zu Billiglöhnern macht, lässt sich der Fachkräftemangel nicht lösen. Die Politik muss zu Hause anfangen, indem sie mehr Frauen für technische Berufe gewinnt und Abbrecherquoten in Ingenieursstudiengängen senkt. Bereits heute leben Menschen aus Drittstaaten in Deutschland, denen der Zugang zum Arbeitsmarkt verwehrt ist. Sie müssen eine Chance bekommen. ■

Fabienne.Melzer@igmetall.de

ARBEIT UND GESUNDHEIT

Telefonie: Musst Du drangehen?

Und wieder klingelt das Geschäfts-Handy ausgerechnet beim Abendessen. »Musst Du eigentlich immer sofort drangehen?«, fragt die Familie genervt. Nein, muss man nicht, ist die eindeutige arbeitsrechtliche Antwort. Es sei denn, im Arbeitsvertrag oder im Tarifvertrag ist eine »Rufbereitschaft« festgelegt.

Immer mehr Beschäftigte spielen das Spiel »Allzeit bereit« mit. Warum? Teils aus Konkurrenzdruck, teils weil es »ja allen so geht«. Es zeigt sich aber, dass diese Über-Bereitschaft irgendwann zur gesundheitsgefährdenden Strapaze wird. Lieber also gleich aufpassen, dass man nicht in die Falle tappt und jederzeit für jeden erreichbar ist. Und es muss eine für den Arbeitgeber verbindliche Verordnung her, die die Trennung von Arbeitszeit und Freizeit regelt (siehe dazu auch Seite 5, Allianz gegen Stress). ■

Foto: Gerhard Kopatz

Silke Dohrmann, Mutter eines Kleinkindes, arbeitet freitags in der Firma – um den Anschluss nicht zu verlieren.

Zuschüsse für Eltern

DA GEHT WAS

Siemens zahlt Beschäftigten mit Kindern Betreuungszuschüsse, wenn sie ihrem Betrieb als Arbeitskräfte erhalten bleiben. Davon profitieren sowohl der Konzern als auch tausende Eltern.

Samstags bis donnerstags gehört Mami ihm. Aber freitags gehört sie der Firma und der 16 Monate alte Leonard der Oma. »Ich will bei meinem Kind bleiben, so lange es so klein ist, aber auch nicht den Anschluss im Beruf verlieren«, sagt Silke Dohrmann. Sie arbeitet in einer Software-Entwicklungs-Abteilung bei Siemens in Mannheim. Vor Leonards Geburt sprach sie ihren Vorgesetzten darauf an, dass sie in der Elternzeit gern wieder einen Tag in der Woche arbeiten würde. Er sah darin kein Problem.

Bald kann sie mit noch mehr Unterstützung rechnen: Wenn Leonard in die Krippe geht und sie wieder voll arbeitet, wird Siemens ihr einen Betreuungszuschuss zahlen.

Seit vergangenem Jahr können Siemensianer mit Kindern einen steuerfreien monatlichen Zuschuss bis 100 Euro beantragen. Die Höhe hängt von den tatsächlichen Kosten ab. Auf das Geld haben alle arbeitenden Eltern Anspruch, die ihre Kinder in einer Krippe, Tagesstätte, einem Kindergarten oder von einer Tagesmutter betreuen lassen. Sie erhalten den Zuschuss am Ende des Geschäftsjahres als Einmalzahlung. Und zwar, bis die Kinder eingeschult werden, also bis zu sechs Jahre. 11 000 Eltern haben allein im vergangenen Jahr davon profitiert.

Das Geld erhalten auch Väter. Wie der Servicetechniker Kai Fahrtmann. »Der Kindergarten für meine beiden Kinder kostet fast 150 Euro im Monat. Die bekomme ich jetzt von Siemens. Das ist schon eine echte finanzielle Hilfe«, freut er sich.

Seit diesem Jahr gibt es für Siemensianer zusätzlich zu dem 100-Euro-Zuschuss 500 Euro im Monat, wenn sie während der ersten 14 Lebensmonate ihres Kindes als Teilzeitbeschäftigte in den Betrieb zurückkehren; vorausgesetzt, ihnen entstehen Betreuungskosten in dieser Höhe.

Ein ganzes Paket. Der Konzern kümmert sich auch um Kitas. 800 betriebsnahe Plätze in öffentlichen Einrichtungen hat er mitfinanziert. Bis 2015 soll ihre Zahl auf 2000 steigen.

Für die Betriebsräte ist die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf schon lange ein Thema. Dazu haben sie auch schon Betriebsvereinbarungen abgeschlossen. Für sie gehören auch Qualifizierung von Frauen dazu und flexible, den jeweiligen Lebensphasen angepasste Arbeitszeiten.

Millionen lohnen. Allein die 100-Euro-Zuschüsse fürs vergangene Jahr kosten den Konzern rund elf Millionen Euro. Warum tut Siemens das? »Wer sein Privatleben besser mit der Arbeit vereinbaren kann, ist ein zufriedenerer Mitarbeiter«, ist für die Mannheimer Betriebsratsvorsitzende Sabine Brummer eine Erklärung. Außerdem wolle das Unternehmen nicht, dass qualifizierte Beschäftigte, weil sie eine Familie gründen, durch lange Auszeiten den Anschluss verlieren oder gar ganz aussteigen. Denn dadurch geht wertvolles Know-how verloren. Wer Eltern unterstützt, sichert sich Fachkräfte. »Im Wettbewerb um hochqualifizierte Beschäftigte ist Vereinbarkeit heute ein Kriterium, das zählt.«

Davon profitieren auch die Beschäftigten. »Viele von uns Frauen haben jahrelang in eine Ausbildung investiert«, sagt Silke Dohrmann. »Davon wollen wir doch auch einen Nutzen haben.«

Sylvia.Koppelberg@igmetall.de

BLICK AUF DIE WELT

Klimagipfel Rio+20

Rio+20, Earth Summit, Umwelt-Gipfel – der Klimagipfel in Brasilien hat viele Namen, aber nur ein Ziel: den Klimawandel stoppen. Was wurde diesmal auf der Konferenz erreicht?

1992 tagte die Konferenz »Umwelt und Entwicklung« in Rio de Janeiro in Brasilien. Damals herrschte große Aufbruchstimmung. Die Welt schien sich auf ein gemeinsames Verständnis der Umweltprobleme und eine globale Strategie zu ihrer Eindämmung geeinigt zu haben.

Ganz anders 20 Jahre später. Die Staatschefs der krisengeschüttelten Länder dieser Welt wollten jegliche Festlegungen vermeiden. Das mühsam ausgehandelte Abschlussprotokoll bleibt bei Beschreibungen stehen.

Obwohl die Probleme viel drängender geworden sind, wurden alle konkreten Schritte vermieden. Die Enttäuschung der zahlreich angereisten Nicht-Regierungsorganisationen war groß.

Metaller vor Ort. Auch Metaller waren bei der Konferenz dabei. Sie sprachen unter anderem mit dem Vorsitzenden der unabhängigen brasilianischen Gewerkschaften CUT. Artur Henrique erklärte ihnen: »Die brasilianische Regierung hat vor allem Angst gehabt, dass überhaupt kein Abschlussdokument zustande kommt. Daher haben die brasilianischen Diplomaten alle Anstrengungen darauf gerichtet, irgendwelche Formelkompromisse zu finden, denen dann alle zustimmen konnten.« Entsprechend mager sah am Ende das Ergebnis aus.

Der Klimagipfel im Netz:
www.uncsd2012.org

Anzeige

SERVICE

Dubai oder Kanaren

11-tägige Kreuzfahrt Kanaren
ab € 899,–
p. P. in der 2er Innenkabine Spezial

8-tägige Kreuzfahrt V.A.E.
ab € 999,–
p. P. in der 2er Innenkabine Spezial

- Inkl. Flug, Transfers und Rail&Fly
- Inkl. Trinkgelder an Bord
- Vollpension an Bord inkl. Tischgetränke in den Buffet-Restaurants (zu den Hauptmahlzeiten)

Dubai oder Kanaren erleben...

Traumreisen mit AIDA

Entfliehen Sie mit AIDAbella dem kalten Winter und erkunden Sie auf **Route 1** die Kanarischen Inseln. Oder entdecken Sie auf **Route 2** mit AIDAblu orientalisches Flair und die aufregenden Metropolen am Persischen Golf: Dubai, Abu Dhabi, Muscat und Manama.

Ihr Schiff: AIDAbella oder AIDAblu

Beide Schiffe beeindrucken durch modernste Ausstattung und einen freundlichen Service. Herzstück ist das 3-stöckige Theatrium, in dem Ihnen Entertainment der Spitzenklasse geboten wird. Daneben bieten die komfortablen Schiffe ein 2-stöckiges Pooldeck, einen weitläufigen Wellness- und Fitnessbereich, mehrere Bars und hochwertige Buffet-Restaurants sowie verschiedene Spezialitätenrestaurants (gegen Aufpreis).

Beispiel Balkonkabine

Die modernen **Innenkabinen** (ca. 13,5 qm) bieten zwei untere Betten (teilweise als Doppelbett), Klimaanlage, TV, Telefon und Safe und die **Meerblick-Kabinen** (ca. 14 – 16,5 qm) zusätzlich ein Fenster (z.T. mit Sichtbehinderung). Die **Balkonkabinen** sind ca. 17,5 – 23 qm groß, inklusive einem ca. 3 – 6 qm großen, privaten Balkon.

Route 1 AIDAbella / Kanaren

Route 2 AIDAblu / Dubai

Inklusivleistungen pro Person

- Flug (Umsteigeverbindung mögl.) nach Las Palmas (Route 1) bzw. Dubai (Route 2) und zurück in der Economy Class
- 10 Übernachtungen (Route 1) bzw. 7 Übernachtungen (Route 2) in der gebuchten Kabinenkategorie
- AIDA Rail&Fly (innerdt. An-/Abreise zum/vom Flughafen 2. Klasse inkl. ICE-Nutzung)
- Alle Steuern, Gebühren u. Kerosinzuschlag
- Transfer vom Flughafen zum Schiff und zurück
- Kreuzfahrt gemäß Reiseverlauf
- Vollpension an Bord inkl. Tischgetränke (Bier, Tischwein, Softdrinks) in den Buffet-Restaurants zu den Hauptmahlzeiten
- Trinkgelder an Bord
- Treibstoffzuschlag (€ 5,–/ Tag)
- Teilnahme an den meisten Bordveranstaltungen
- Deutschspr. Reiseleitung an Bord
- Alle Ein- und Ausschiffungsgebühren

Termine und Preise 2012 / 13 pro Person in €

Reiseroute / Buchungscode	Route 1 – Kanaren / AIDAbella / Z8N003			Route 2 – V.A.E. / AIDAblu / Z8D005				
Abflughäfen	Düsseldorf / Frankfurt / München / Hamburg			Düsseldorf / Frankfurt / München / Berlin / Hamburg				
Kabinenkategorien (Kabinenbezeichnung der Reederei)	26.11. / 07.01.	28.01.	17.12.	14.12.	07.12.	18.01.	23.11.	21.12.
2er Innenkabine Spezial	899,–	949,–	999,–	999,–	1.049,–	1.149,–	1.249,–	1.399,–
2er Innenkabine	949,–	999,–	1.049,–	1.049,–	1.099,–	1.199,–	1.299,–	1.449,–
2er Meerblick-Kabine	1.149,–	1.199,–	1.249,–	1.199,–	1.249,–	1.349,–	1.399,–	1.549,–
2er Balkonkabine	1.299,–	1.349,–	1.399,–	1.349,–	1.399,–	1.499,–	1.649,–	1.799,–

Kennziffer: 55571

Der Hinflug nach Dubai kann bereits am Vortag erfolgen! Preise nach AIDA VARIO, limitiertes Kontingent. Kabinen zur Einzelbelegung auf Anfrage. **Zusatzkosten pro Person:** Ausflüge (nur an Bord oder im Internet buchbar). **Reisebestimmungen für deutsche Staatsbürger:** Für diese Reisen ist ein noch mind. 6 Monate über das Reiseende hinaus gültiger, bordeauxroter, maschinenlesbarer Reisepass erforderlich. Bitte beachten Sie, dass sich die Einreisebestimmungen ständig ändern können. Aktuelle Informationen finden Sie auf www.auswaertiges-amt.de. Staatsangehörige anderer Länder wenden sich bitte an die zuständige Botschaft.

Reisetelefon (täglich von 8.00 – 22.00 Uhr)
01805 – 990 160
(Festnetzpreis 0,14 €/Min., höchstens 0,42 €/Min. aus Mobilfunknetzen)

www.dgb-reisen.de

Änderungen vorbehalten, maßgeblich ist die Reisebestätigung, die Sie nach Buchung erhalten. Daraufhin wird eine Anzahlung von 30 % (mind. 25,– €) auf den Reisepreis fällig. Restzahlung 30 Tage vor Reiseantritt, anschließend erhalten Sie Ihre Reiseunterlagen. **Reiseveranstalter: DGB-Reisen GmbH · 44137 Dortmund**

DGB Reisen
Vertrauen seit 1961

ARBEIT:
SICHER UND FAIR!

Eine Kampagne
der **IG Metall**

Arbeit geht **auch gut**

Foto: Thomas Range

Seit 16 Jahren arbeitet Stefan Lührmann in der Georgsmarienhütte in der Nähe von Osnabrück. Über die Kranführerkabine beliefert er Maschinen und Laster.

Schon lange nicht mehr hatten so viele Menschen Arbeit wie in diesem Jahr. Doch der Erfolg hat einen hohen Preis: Immer mehr können kaum noch von ihrer Arbeit leben. Vor allem unter den Jungen wächst die Zahl der Menschen in unsicheren Arbeitsverhältnissen. Zeit zu handeln, findet die IG Metall: für sichere und faire Arbeit, für gute Arbeit und ein gutes Leben. **Von Fabienne Melzer**

In den 80er-Jahren träumte sich Rio Reiser zum König von Deutschland, der 200 Schlösser besaß. Johanna Nowak* träumt nicht von Schlössern. Aber Kanzlerin wäre sie schon gerne. Nur für einen Tag, nur für eine Entscheidung. »Wenn ich Angela Merkel wäre, würde ich Leiharbeit abschaffen«, sagt Johanna. Mit diesem Wunsch beendet sie ihren Schwall wütender Sätze. »Als Leiharbeiter hast Du keine Rechte und niemanden, der für Dich kämpft. Du weißt nur, dass Du arbeiten gehst. Du weißt nicht, was Du arbeiten wirst, Du weißt nicht mit wem. Du bist ein Einzelkämpfer.«

Leiharbeit hatte Johanna sich nicht ausgesucht. 2009 verlor sie ihren Job bei einem Autozulieferer. Die Wirtschaft war gerade unter der Finanzkrise zusammengebrochen. Arbeit gab es nur bei Verleihern. Im ersten Einsatzbetrieb musste sie alle zwei Stunden etwas anderes machen und sich am Ende anhören: »Du bist zu langsam.« Ihr Verleiher kündigte ihr. Ein paar Tage später stellte er sie für einen neuen Einsatz wieder ein. Johanna strengte sich an, arbeitete am Wochenende. Ein paar Tage vor Weihnachten bekam sie erneut die Kündigung. Kurz vor den Feiertagen, ohne Geld schwirrten ihr lauter Fragen durch den Kopf. »Wie kann das sein?« Auch ihr Chef im Einsatzbetrieb fiel aus allen Wolken. Er brauchte Johanna. Bei ihrem Entleiher bekam sie dann einen befristeten Vertrag. Johanna atmete auf. »Endlich bin ich nicht mehr die Leiharbeiterin, die nirgends dazugehört.«

Leere Versprechen. Leiharbeit sei nur ein Krisenphänomen, beschwichtigten die Arbeitgeber vor drei Jahren. Sobald die Wirtschaft wieder wachse, würden die Betriebe wieder fest einstellen. Detlef Wetzel erinnert sich gut an diese Worte. »Nichts als leere Versprechen.« Der Zweite Vorsitzende der IG Metall stellt in Berlin die Ergebnisse der dritten Jugendstudie der IG Metall vor. Seit 2009 befragt sie jährlich 14- bis 34-Jährige nach ihrer persönlichen Lage. Für junge Menschen hat sich wenig gebessert, aber vieles verschlechtert. »Die Wirtschaft wächst wieder und die Zahl der jungen Menschen in prekären Arbeitsverhältnissen auch«, sagt Wetzel. Vor drei Jahren gaben 28 Prozent der 14- bis 34-Jährigen an, in Leiharbeit, befristet oder in einem anderen unsicheren Arbeitsverhältnis zu leben. Drei Jahre später sind es schon fast ein Drittel. Was die IG Metall unter prekären Arbeitsverhältnissen verstehe, wollen die Journalisten in Berlin wissen. Eine befristete Stelle könne doch gut bezahlt sein. »Ob etwas prekär ist«, entgegnet Wetzel, »ist kein wissenschaftliches Problem. Es ist das, was die Menschen empfinden. Und sie finden, es ist Mist.«

Zukunft aufgeschoben. Fast alle befragten 14- bis 35-Jährigen erleben unsichere Arbeitsverhältnisse als psychische Belastung. Den Gedanken an eigene Kinder verschieben sie in die Zukunft. Schon die Wohnungssuche stellt viele vor eine fast unlösbare Aufgabe. Mehr als die Hälfte verdient weniger als 2000 Euro Brutto im Monat. Jeder Vierte ist auf einen Nebenjob angewiesen, um über die Runden zu kommen.

»Für diese Menschen ist prekäre Beschäftigung ein ganz reales Problem«, sagt Wetzel. »Wer noch immer meint, wir müssen nichts ändern, ist auf dem Holzweg. Wir brauchen neue Regeln, die unseren Arbeitsmarkt fair und sicher machen. Das wollen wir mit unserer Kampagne erreichen.« In der Tarifpolitik hat die IG Metall bereits einige Sicherheitsnetze gespannt. Etwa mit dem Tarifvertrag, der für Leihbeschäftigte Zuschläge vereinbart, jungen Menschen einen unbefristeten Job nach der Ausbildung sichert oder mit Betriebsvereinbarungen, die die Trennung in Billiglöhner und Stammbeschäftigte durchbrechen. Aber die Politik muss sich auch bewegen. Tarifpolitik kann zwar wichtige Bausteine legen, aber allein die Arbeitsmarktprobleme nicht lösen.

Einer dieser Bausteine ist die Firma »Beyerdynamic« in Heilbronn. In dem Familienbetrieb arbeiten 300 Menschen. Sie produzieren Kopfhörer und Mikrofone. Eine kleine, nicht immer heile Welt. Der Betriebsratsvorsitzende Jürgen Wörle erinnert sich gut an die Zeit direkt nach der Krise. »Damals wollte der Arbeitgeber das gesamte Wachstum nur mit Leiharbeit bewältigen.« Der Betriebsrat konnte das verhindern. Heute liegt der Anteil der Leihbeschäftigten nie über drei Prozent. Beyerdynamic arbeitet mit Verleihern zusammen, die in ein festes Arbeitsverhältnis vermitteln. Und nach drei Monaten muss der Chef sich entscheiden, ob er einen Leihbeschäftigten braucht oder nicht.

Wie sie das geschafft haben? Wörle lacht: »Mit politischer Überzeugungsarbeit. Wer verkauft schon gerne gute Produkte mit schlechtem Image?«

Immer ein Ass im Ärmel. Manche Arbeitgeber haben damit offenbar weniger Probleme. Wenn es ums Löhnedrücken geht, haben sie immer noch ein Ass im Ärmel. Eines heißt »Werkverträge«. Gemeint sind nicht die echten Werkverträge. Sie schließt ein Unternehmen etwa mit einem Maler ab, der die Halle neu streicht. Doch manche Firmen vergeben inzwischen ganze Teile der Produktion an einen Subunternehmer. Dessen Beschäftigte montieren für weniger Geld zum Beispiel Motoren oder Türen für einen Autobauer. Ganz perfide wird es, wenn der Subunternehmer dafür noch Leihbeschäftigte anheuert.

In ihrer Jugendstudie hat die IG Metall erstmals untersucht, welche Rolle Werkverträge für junge Beschäftigte spielen. Über 15 Prozent gaben an, dass ihr Unternehmen für andere Betriebe arbeitet und sie mehr als zwei Drittel ihrer Arbeitszeit auf fremden Firmengeländen verbringen. Dieses Spiel kennt auch Lukas Dreher*. Einen Arbeitsvertrag hat er mit einem kleinen Ingenieursbüro. Doch dort ist er seit seiner Einstellung nicht mehr gewesen. Der Ingenieur arbeitet bei einem Rüstungskonzern. Die Stammbeschäftigten bekommen Metall-Tarif. Dreher nicht. Wenn er für den Konzern ins Ausland fliegt, ist er schlechter abgesichert. Geld für Impfungen muss er vorstrecken. Eine Perspektive sieht er nicht. »Manche arbeiten schon seit zehn Jahren so.«

Eine Beschäftigungspolitik mit fatalen Folgen, warnt IG Metall-Vize Wetzel: »Ich bin sicher, dass die prekäre Beschäftigung unsere Sozialversicherungen schneller ruinieren wird als der demografische Wandel.« Doch statt die Probleme auf dem Arbeitsmarkt anzupacken, setzt die Politik bei der Rente an. Zukünftige Generationen sollen länger arbeiten, um die leeren Kassen zu füllen. Seit Anfang des Jahres steigt die Altersgrenze bis 2031 auf 67 Jahre an.

Zwar ist vielen Arbeitgebern klar, dass sie sich auf ältere Belegschaften einstellen müssen. Doch außer Sonntagsreden fällt den meisten nicht viel dazu ein. In der Metall- und Elektroindustrie hat nicht einmal jeder zehnte Betrieb spezielle Arbeitsregelungen für Ältere. Auch als Arbeitskräfte sind sie nicht gefragt. Nur acht Prozent aller Unternehmen sprechen gezielt Arbeitnehmer über 50 an. Der Grund ist für Ludwig Sandkämper relativ einfach: »Arbeitsplätze gesund einrichten, kostet Geld. Bislang fehlte der Druck, das zu investieren«, sagt der Betriebsratsvorsitzende der Georgsmarienhütte. Wenn Ältere ihre Arbeit nicht mehr schafften, konnten sie früher vorzeitig gehen. Das hat der Gesetzgeber fast unmöglich gemacht. Für manche Beschäftigte bedeutet das: Entweder sie schleppen sich bis zum Umfallen an ihren Arbeitsplatz oder sie leben im Alter in Armut.

»Wir werden nicht beweglicher.« Es sei denn, Unternehmen stellen sich schon heute darauf ein, mit älteren Belegschaften zu arbeiten. Dazu müssen sie schwere Arbeit verringern. Beschäftigte brauchen Weiterbildung in jedem Alter, Möglichkeiten, Arbeitsplätze zu wechseln, und finanzielle Brücken in den vorzeitigen Ruhestand. Einen Anfang hat die Georgsmarienhütte gemacht. Im Walzwerk und in der Zurichtung haben Experten die Arbeitsplätze bewertet. »Von der Altersstruktur sehen wir mit durchschnittlich 41 Jahren nicht schlecht aus«, sagt Sandkämper. »Aber wir haben viele

Foto: Paul Schmitz

Chance bekommen – Chance genutzt. Nach der Schule fand Vasilios Aslianidis zunächst keine Ausbildung. Bei Kirchhoff machte er ein Förderjahr. Im August startet er seine Ausbildung.

Wie Unternehmen mit Werkverträgen Löhne drücken, wieweit sie verbreitet sind und was die IG Metall dagegen tun will, könnt Ihr hier lesen:
www.fokus-werkvertraege.de

Oder per Smartphone mit diesem Bildcode:

Die Initiative der IG Metall »Gleiche Arbeit – Gleiches Geld« kann jeder im Internet unterstützen. Studien, Aktuelles und Grafiken gibt es unter:
www.gleichearbeit-gleichesgeld.de

Oder per Smartphone mit diesem Bildcode:

Für alle mehr drin

In manchen Fragen unterscheiden sich junge Menschen wenig. Fast alle wünschen sich einen sicheren Arbeitsplatz und ein vernünftiges Einkommen. Sie wollen Arbeit, die ihnen Spaß macht, sich weiterbilden und neue Herausforderungen annehmen. Arbeit ist ihnen wichtig, aber sie ist nicht alles. Familie und Freunde bedeuten ihnen oft mehr als Karriere. Dazu müssen sie über die Lage ihrer Arbeitszeit selbst bestimmen und ihre Arbeit planen können. Kurzum: Sie wollen gute Arbeit, die sie ernährt, nicht krank macht und Zeit zum Leben lässt. All das will die IG Metall auch. Deshalb hat sie diese Themen in der Kampagne »Arbeit: Sicher und fair« gebündelt.

Wunsch und Wirklichkeit klaffen für immer mehr junge Menschen auseinander. Seit Jahren steigt die Zahl der Leihbeschäftigten. Doch Leiharbeit ist das Gegenteil von guter und sicherer Arbeit. Mit ihrem Tarifabschluss gelang der IG Metall zwar ein wichtiger Schritt in Richtung »gleiches Geld für gleiche Arbeit«. Aber das reicht nicht. Die Politik muss Ausbeutung und Ungerechtigkeiten auf dem Arbeitsmarkt beenden.

Weil die Jungen weniger sind, sollen sie länger arbeiten – bis 67. Nur wie sie das schaffen sollen, hat ihnen niemand gesagt. Die meisten Arbeitgeber pressen immer mehr aus ihren Beschäftigten heraus. Wer das nicht mehr aushält, hat kaum Möglichkeiten, vorzeitig in Rente zu gehen. Das muss sich ändern: durch gute Arbeit, flexible Ausstiege aus dem Erwerbsleben und Renten, die zum Leben reichen.

Mit der Leiharbeit begann die Zwei-Klassengesellschaft in vielen Betrieben. Doch das ist nicht das Ende. Mit den Werkverträgen zogen die Arbeitgeber eine neue Karte aus dem Ärmel, um die Löhne zu drücken. Die Arbeitsbedingungen des Stammbetriebs müssen auch für alle anderen gelten. Deshalb fordert die IG Metall: gleiche Rechte für alle, Tarifvertrag für alle und Mitbestimmung für alle.

Welche Chancen haben ältere Menschen auf dem Arbeitsmarkt? Was tun Betriebe, damit Ältere gesund bleiben und Junge nicht verschleißen? Antworten hier:
www.gut-in-rente.de

Oder per Smartphone mit diesem Bildcode:

Arbeitsplätze mit hohen Belastungen, wie Hitze, Kälte und Wind.« Zurzeit arbeitet der Betriebsrat an Verbesserungsvorschlägen. Dabei geht es um größere Einstiege in die Kräne. »Wir werden schließlich nicht beweglicher«, sagt Sandkämper. Auch ein Schichtplan für Ältere ist in Arbeit.

Schichtarbeit belastet den Körper, lässt sich nicht überall vermeiden und bestimmt in der Stahlbranche den Rhythmus von etwa 70 Prozent aller Beschäftigten. Auch den von Stefan Lührmann. Nachmittags um vier in Georgsmarienhütte. Stefan Lührmann ist aufgestanden. Er hatte sich morgens hingelegt. Jetzt ist er auf dem Weg in die Sauna. »Nach der Nachtschicht fühlt man sich immer ziemlich durchgekaut«, sagt der 32-Jährige. »Zwischen Nacht- und Frühschicht habe ich zwar zwei Tage frei. Aber gefühlt fehlt immer ein Stück Zeit.« Schon seit 16 Jahren arbeitet er in der Georgsmarienhütte. Anfangs als Azubi zum Industriemechaniker. Heute in der Endkontrolle. Nicht nur die Schicht schlaucht. Auch die Arbeit ist anstrengender geworden. Mit immer weniger Leuten immer mehr schaffen, heißt das Ziel. »Wir müssen immer flexibler sein, aber auf Dauer geht das ganz schön auf die Knochen«, sagt Lührmann. Er ist froh, dass der Betriebsrat sich um gesunde Arbeitsbedingungen kümmert.

Handeln statt jammern. Statt sich auf den demografischen Wandel einzustellen, beklagen Arbeitgeber lieber den Fachkräftemangel. Für Detlef Wetzel ist das eine Scheindebatte. »Fast 80 Prozent der Beschäftigten im Niedriglohnsektor haben einen Beruf erlernt. Noch immer haben junge Menschen Schwierigkeiten, nach der Schule eine Ausbildung zu finden.« Die Arbeitgeber sollten besser die Potenziale der jungen Menschen nutzen. Das geht. Die Firma Kirchhoff Automotive in Attendorn hat es ausprobiert. Sie gibt Schulabgängern eine Chance, die sonst vielleicht keinen Ausbildungsplatz bekommen hätten. Der Autozulieferer nutzt einen Tarifvertrag der IG Metall in Nordrhein-Westfalen. Nach dem Prinzip 1+3 werden Jugendliche ein Jahr lang im Betrieb gefördert und steigen dann in die Ausbildung ein. Vasilios Aslanidis ist bereits der sechste Jugendliche, der so zu Kirchhoff kam. Nach der Schule schrieb er eine Menge Bewerbungen – ohne Erfolg. Bei dem Mittelständler im Sauerland bekam er schließlich eine Chance. Zurzeit macht er das Praktikum. Im August beginnt er seine Ausbildung zum Maschinen- und Anlagenführer. »Das Jahr hat mir sehr geholfen. Ich kenne die Arbeit, die Leute. Und ich weiß jetzt, was ich kann.« Wenn die Ausbildung gut läuft, will er weitermachen. Vielleicht den Industriemechaniker. Er ist nicht der erste. Alle seine Vorgänger bekamen eine Ausbildung. ■

** Namen geändert*

Foto: Westend61/Fotolia

Sind Dritte an einem Unfall beteiligt, ist der Arbeitnehmer verpflichtet, den Arbeitgeber zu informieren.

Freizeitunfälle dem Arbeitgeber melden

Unfälle in der Freizeit oder im privaten Umfeld sind nicht nur Privatsache. Hat ein Dritter den Unfall verursacht, ist es wichtig, den Arbeitgeber zu informieren.

Neben Freizeitunfällen sind private Unfälle im Straßenverkehr eine häufige Ursache, weshalb Beschäftigte ausfallen. »Privat« ist ein Unfall, wenn er sich im privaten Lebensbereich ereignet – etwa im Urlaub, am (dienstfreien) Wochenende oder am Feierabend nach dem Erreichen der Wohnung.

Hat sich ein Unfall im privaten Bereich ereignet und zur Arbeitsunfähigkeit geführt, kann die zuständige Unfallkasse des verletzten Beschäftigten für den Arbeitgeber Regressansprüche geltend machen. Die Voraussetzung ist – wie beim Arbeits- oder Wegeunfall – dass ein anderer, ein sogenannter haftpflichtiger Dritter, den Unfall verursacht hat und dass darüber der Chef informiert wurde.

Durch die Meldung kann die Unfallkasse für den Arbeitgeber prüfen, ob der Dritte haftbar gemacht werden kann. Den Beschäftigten entstehen durch die Meldung eines solchen Unfalls, auch bei einem eventuellen Mitverschulden, keinerlei Nachteile. Hat der verletzte Beschäftigte gegen den Schädiger einen Schadensersatzanspruch, geht der Anspruch auf den Arbeitgeber über. Das heißt, dieser kann von dem Dritten Schadensersatz für die geleistete Entgeltfortzahlung verlangen.

Die Beweise sichern. Um das nachzuweisen, gilt auch hier: Möglichst Beweise sichern. Soweit möglich, Namen und Kontaktdaten vom Schädiger und von Unfallzeugen notieren und den Unfallort fotografieren. Bei einem schweren Unfall sollte man generell die Polizei rufen. Das hilft dem verletzten Arbeitnehmer auch, eigene Ansprüche – wie beispielsweise Schmerzensgeld – durchsetzen zu können. ■

Antonela.Pelivan@igmetall.de

Der Mut-Bürger

ZU BESUCH BEI MICHAEL EBENAU

Metaller Michael Ebenau kennt die Thüringer Neonazi-Szene. Seit Jahren warnt er vor den Rechten und engagiert sich gegen sie. Er ist zornig, gibt aber nicht auf. Jetzt erst recht nicht.

Auf der Tafel in seinem Büro steht der Spruch: »Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen.« Seit etlichen Jahren engagiert sich Michael Ebenau im Jenaer Aktionsbündnis gegen Rechts. Er, der Erste Bevollmächtigte der IG Metall für Jena-Saalfeld und Gera, ist einer von vielen Metallern und anderen Bürgern, die den Rechtsextremen Paroli bieten. Und weil er ihre Taten als Verbrechen ansieht, empfindet er die Pleiten und Pannen der Sicherheitsdienste als Ungeheuerlichkeit: »Jahrelang wollten die uns in Thüringen weismachen, dass Links- und Rechtsextremismus das gleiche Übel ist. Wir haben vor diesem Irrtum gewarnt.« Seit er weiß, dass Neonazis ungestört morden konnten und der Verfassungsschutz 14 Jahre lang im Dunkeln tappte, ist er »wütend«.

Gepäppelt. Zwei Hauptvorwürfe machen er und seine Mitstreiter im Aktionsbündnis dem Verfassungsschutz und der Politik: Dass sie das Problem sträflich verharmlost haben, als sich der Thüringer Heimatschutz etablierte. Und dass der Thüringer Verfassungsschutz den Heimatschutz auch noch über die V-Leute mit enormen Summen mit aufgebaut hat. »Diesen Skandal mussten die zehn Opfer der Zwickauer Terrorzelle mit dem Tode bezahlen.«

Zum Verfassungsschutz hat er eine klare Meinung: Für ihn gehört er aufgelöst. Dass ein paar führende Verfassungsschützer ihre Ämter räumten, sind für ihn nur Ausweichmanöver. »Es schmilzt die Spitze und der Eisberg bleibt. Aber ich möchte den Eisberg sehen.«

Gefragt. In den Wochen nach der Festnahme von Beate Zschäpe im November 2011 wurde Ebenau von Journalisten regelrecht belagert. Ob seine beiden Söhne mit den drei Terroristen des Nationalsozialistischen Untergrunds im Sandkasten gespielt hätten, war eine beliebte Frage. Da musste der 54-Jährige, der aus Ostwestfalen kommt, passen. Aber er konnte berichten, wie das war mit der anschwellenden Neonaziszene in Jena und Saalfeld, und wie Gewerkschafter, Christen, Linke und Ausländer dagegen gehalten haben.

Ebenaus Meinung ist nach wie vor gefragt. In der ZDF-Dokumentation »Brauner Terror – Blinder Staat« berichtet er, dass Beate Zschäpe kein »ganz normales Mädchen« war, wie die Mutter des Mittäters Uwe Böhnhardt sie schildert. Sie habe andere Frauen angegriffen, zusammengeschlagen, einer soll sie den Arm gebrochen haben. »Sie war Täterin.«

Wenn er heute daran denkt, dass er Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und dem Jenaer Leitneonazi Ralf Wohlleben nicht

Foto: Thomas Härtrich/transit

Er kennt die Neonazi-Szene in Thüringen und bekämpft sie seit langem: Metaller Michael Ebenau aus Jena.

nur bei Demos, sondern auch in Alltagssituationen gegenüber gestanden hat, stellen sich ihm jetzt noch die Nackenhaare auf.

Ebenau, studierter Politikwissenschaftler, ist nicht nach Thüringen gekommen, um den Helden zu geben. »Ich bin 1991 aus Marburg nach Jena gegangen, weil ich es spannend fand, neue gewerkschaftliche Strukturen mit aufzubauen.« Aber als er erlebte, wie Neonazis sich in den Vierteln ausbreiteten und vor allem die jungen Menschen terrorisierten, war für ihn klar, dass er sich auch gegen Rechts engagieren musste.

Wenn er mit Aktionen Mitbürger wachrütteln will, macht ihn das in den Augen einiger zum Nestbeschmutzer. So, als das Aktionsbündnis versuchte, mit Demos und Bürgerversammlungen Einwohner dafür zu sensibilisieren, dass sich im Braunen Haus in Jena-Altlobeda und später in Gutmannshausen Rechtsextreme einnisteten. Damals sagten die Bürgermeister: Die sind doch nett. Die unterstützen den Sportverein und die Feuerwehr. Ihr stört unsere Ruhe. Ihr seid das Problem.

Gepfiffen. Ebenau lässt sich durch solche Reaktionen nicht bremsen. »Aber manchmal hilft nur provozieren«, sagt er. Mit Vergnügen erinnert er sich daran, wie sie Ende der 1990er-Jahre eine Wahlkampfkundgebung der Republikaner auf dem Jenaer Marktplatz austricksten. Die Kirchenglocken läuteten außerplanmäßig, Antifagruppen bedienten eine ohrenbetäubende Sirene und 500 Jenaer veranstalteten mit Trillerpfeifen der IG Metall ein Pfeifkonzert. »Das war so, wie es sein muss – kein Mensch schenkte denen Gehör«, schmunzelt er über diesen zivilen Ungehorsam.

In seiner knappen Freizeit liest der Metaller gern Krimis. Zurzeit jedoch Bert Brechts »Arturo Ui«. Ein Satz dieser Parabel würde noch auf seine Tafel im Büro passen: »Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch ...« ■

Jutta Donat für
metalltzeitung@igmetall.de

Demokratische Rechte schrittweise abgebaut

WAS MICH BESCHÄFTIGT | metallzeitung sprach mit Ildiko Krén über die Lage der Gewerkschaften in Ungarn. Deren Rechte werden dort seit 2010 systematisch beschnitten.

Frau Krén, Sie beobachten die Arbeitsbeziehungen in Ungarn. Was erleben Sie dort zurzeit?

Ildiko Krén: Die nationalkonservative Regierung schränkt viele demokratische Rechte ein, um ihre Macht zu zementieren. Das tat sie von Anfang an.

Über die Einschränkungen der Pressefreiheit liest man auch bei uns. Von Arbeitnehmerrechten hört man wenig. Was passiert mit ihnen?

Krén: Die Regierung baut seit 2010 systematisch die Rechte der Gewerkschaften ab. Wenn man sich die einzelnen Schritte rückblickend anschaut, muss man sagen: Sie ist erschreckend professionell vorgegangen.

Wie sahen diese Schritte aus?

Krén: Nach dem Ende des sozialistischen Systems gab es in Ungarn den »tripartitischen Interessensabstimmungsrat«. Er beteiligte die Sozialpartner an politischen Entscheidungen. Die neue Regierung schaffte ihn 2010 ab. Das war der erste Schritt. Im zweiten Schritt schränkte sie das Streikrecht ein. Streiks müssen seit Sommer 2011 verhältnismäßig sein. Sie können untersagt werden, wenn sie die öffentliche Versorgung beeinträchtigen. Seither gab es keine nennenswerten Streiks. Nachdem die Regierung die Gewerkschaften von politischer Beteiligung ausgeschlossen und kampfunfähig gemacht hatte, änderte sie das Arbeitsrecht.

Wie sehen die Änderungen aus?

Krén: Zunächst einmal wurden die Betriebsräte gegenüber den Gewerkschaften gestärkt. Damit schränkt die Regierung die Kampffähigkeit der Gewerkschaften ein. Denn Betriebsräte dürfen nicht streiken und ihre Mitbestimmungsrechte sind viel schwächer als in Deutschland. Es gibt im ungarischen Arbeitsrecht kaum Minimalstandards, und selbst von diesen dürfen Arbeitgeber nun in Arbeitsverträgen nach unten abweichen.

Gibt es keine Proteste?

Krén: Die gab es schon. Die Regierung musste auch ein paar Dinge zurücknehmen. Aber im Großen und Ganzen geht sie sehr geschickt vor. Die Mehrheit der Bevölkerung steht noch immer hinter ihr. In Zeiten, in denen in Europa alle den Gürtel enger schnallen, ist vielen Ungarn eine parternalistische Regierung, die Ordnung schafft, wichtiger als Demokratie. ■

Fabienne.Melzer@igmetall.de

Foto: Privat, Illustration: Jürgen Prieve/Fotolia.com

Ildiko Krén, 48, arbeitet als Korrespondentin für Eurofound und lebte bis vor kurzem in Budapest.

Fair Urlaub machen

GUTER RAT | Ob Strand, Badesee, wandern, ein Städtetripp oder Ski fahren – wer seinen nächsten Urlaub plant, sollte die Angebote der IG Metall-Servicegesellschaft kennen.

Mitglieder der IG Metall erhalten über die IG Metall-Servicegesellschaft ein großes Angebot von Produkten und Dienstleistungen rund um das Arbeits- und Privatleben. Sie prüft und verhandelt Angebote und Leistungen im Interesse der Mitglieder.

Unter der Rubrik »Freizeit« bietet die Servicegesellschaft in Kooperation mit Partnern wie DGB-Reisen oder dem Gemeinnützigen Erholungswerk (GEW) wechselnde Angebote mit besonderen Konditionen. Die Angebote und Leistungen der IGM-Servicegesellschaft und ihrer Kooperationspartner können nur Mitglieder der IG Metall nutzen.

Die DGB-Reisen. Seit bereits 50 Jahren bietet DGB-Reisen preisgünstige und gut gemachte Reisen für die Mitglieder der DGB-Gewerkschaften an. DGB-Reisen steht für »Die Gute Begleitung auf Reisen«. Das Programm mit Urlaubszielen in Deutschland und Europa, weltweiten Rundreisen und Kreuz-

Illustration: Gerald Moll

Ab in den Urlaub: Die IG Metall-Servicegesellschaft bietet Mitgliedern Angebote zu fairen Konditionen.

fahrten wurde weiter ausgebaut. Vom kurzen Städtetripp über einen Wellnessurlaub bis zu Rundreisen mit deutschsprachiger Reiseleitung – der gewerkschaftsnahe Veranstalter bietet Ferien für Jung und Alt. Manche Rundreisen werden sogar von einem Arzt begleitet, und zwar über die gesamte Dauer.

Neu sind Reisen auf die Sonneninsel Malta – erstmalig an zwei Terminen, inklusive Gesprächen mit Vertretern der maltesischen Gewerkschaften. Ebenso sind Rundreisen nach Israel oder an die Ostküste Amerikas möglich.

Themen-, Städte- und Erlebnisreisen, Kur-, Wellness- und Sportreisen sowie Fluss- und Hochseekreuzfahrten sind auch in der Herbst- und Wintersaison 2012/2013 wieder im Angebot (siehe Kasten rechts).

Mit dem GEW reisen. Wandern, schwimmen, radeln oder einfach mit den Kindern am Strand toben – die familienfreundlichen Ferienanlagen des Gemeinnützigen Erholungswerkes (GEW) machen es möglich. Das GEW ist ein rein gewerkschaftlicher Urlaubsanbieter, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, insbesondere Arbeitnehmern im Organisationsbereich des DGB sowie ihren Familien preiswerten, bezahlbaren Urlaub an schönen Standorten anzubieten. Das GEW hat Hotels, Wohnungen und Bungalows in Deutschland, Österreich und Frankreich im Angebot.

Beispiele: Das Ferienzentrum »Les Tourelles« in Sainte-Maxime an der französischen Côte d'Azur ist etwa 80 Kilometer vom Flughafen Nizza entfernt. Die Anlage mit 30 Wohnungen, 52 Bungalows und 10 Appartements liegt in einem mediterranen Schlosspark auf einem Hügel oberhalb der Stadt. Bis zum Strand sind es etwa 400 Meter. In Trassenheide auf Usedom ging kürzlich das Ferienzentrum »Trassenmoor« mit seinen 24 Ferienwohnungen in Betrieb. Wassersport und Natur können Reisewillige an der Müritz im Ferienzentrum »Yachthafen Rechlin« erleben.

Exklusive Reisepakete vervollständigen die Angebote. Etwa eine Sonderzugreise auf der Seidenstraße von Turkmenistan über Usbekistan nach Kasachstan. Oder: Eine Schienenkreuzfahrt im nostalgischen Sonderzug »Classic Courier«. Er bringt Reisende an die beliebtesten Plätze Italiens, wie Verona, Florenz und Venedig.

Zudem liegen jetzt die aktuellen Weihnachts- und Silvesterangebote 2012/2013 der GEW vor. Mehr zu den Winter-Specials erfährt man über die IG Metall-Servicegesellschaft. ■

Antonela.Pelivan@igmetall.de

TIPPS

Kataloge anfordern und im Angebot stöbern

- Kataloge der Veranstalter gibt es über die Servicegesellschaft. Auskünfte gibt es per Post oder E-Mail an: Servicegesellschaft der IG Metall, Baseler Platz 2, 60329 Frankfurt/Main
  info@igmservice.de
- Über die Internetseite der IG Metall-Servicegesellschaft erfahren IG Metall-Mitglieder Details über die Reiseangebote vom GEW und von DGB-Reisen. Aber: Man muss sich dort registrieren.
  www.igmservice.de/reisen
- Wer regelmäßig den aktuellen Newsletter der IGM-Servicegesellschaft bekommen möchte, meldet sich hier an:
  www.igmservice.de/newsletter

Alles rund um die IG Metall-Servicegesellschaft:
www.igmservice.de

Oder per Smartphone mit diesem Bildcode:

KURZ & BÜNDIG

Waisenrente für Azubis

Kinder, die einen Elternteil verloren haben, haben Anspruch auf eine Halbwaisenrente. Sie wird in der Regel bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres gezahlt, bei längeren Ausbildungszeiten auch bis zum 27. Viele volljährige Waisen versäumen es, der Rentenversicherung zu melden, dass sie die Schule oder Ausbildung beendet haben und in den Beruf starten. Dann läuft die Rente zu Unrecht weiter und man muss sie zurückzahlen.

Auf der Überholspur

Beschäftigte müssen einen Dienstwagen nach einer Eigenkündigung und Freistellung durch den Arbeitgeber nicht immer sofort abgeben. Das BAG entschied, dass Regeln zur Rückgabe zwar zulässig seien, diese aber den Arbeitnehmer nicht unangemessen benachteiligen dürfen.
AZ: 5 AZR 651/10

Nach Kündigung: Die Fahrt geht weiter, und zwar im Firmenwagen.

Fotos: Ryan Jorgensen/panthermedia.com, GM Company

Gefährliche DDR-Produkte

Die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin hat Daten zu gefahrstoffhaltigen Produkten aufgebaut, die in der DDR verwendet oder produziert wurden. Das Faltblatt »Datensammlung DDR-Produkte« klärt auf, wie sich die Datenbank nutzen lässt.
www.baua.de
→Publikationen
→Faltblätter

Foto: Audi

Die Auszubildende Stefanie Baumgartner (Mitte) zeigt beim Girls' Day, wie man eine Radmutter anzieht.

Lippenstift und Motoröl

MÄDCHEN UND TECHNIK

Der Beruf der Kfz-Mechatronikerin wird bei Mädchen beliebter. Die Studie »Lippenstift und Motoröl« hat untersucht, was Mädchen an der Ausbildung gefällt und welche Tipps sie an Interessentinnen weitergeben können.

Bei Jungs ist der Kfz-Mechatroniker der Wunschberuf Nummer eins. Für Mädchen steht er dagegen auf Platz 58 der beliebtesten Ausbildungsberufe. Doch es gibt immer mehr Frauen, die Autos reparieren oder Fahrzeuge montieren.

Die Studie des Bundesinstituts für Berufsbildung mit dem Titel »Lippenstift und Motoröl« untersuchte, was Mädchen an dem Beruf fasziniert, von dem viele glauben, dass man nur mit dem Schraubenschlüssel arbeitet. In Wirklichkeit ist es inzwischen ein High-Tech-Beruf, bei dem man täglich mit Mess- und Diagnosegeräten zu tun hat. Viele der Kfz-Mechatronikerinnen, die zu den Gründen ihrer Berufswahl befragt wurden, nutzten ein Praktikum in einem Kfz-Betrieb als Einstieg in den Beruf. Häufig arbeitet jemand im Familien- und Bekanntenkreis in der Autoindustrie oder hat eine eigene Werkstatt.

Für Lisa Törmer, 24, war klar, dass sie nie Friseurin oder einen ähnlich »typisch weiblichen« Beruf ergreifen wollte. Unter Jungs aufgewachsen hatte sie frühzeitig gelernt, sich durchzusetzen. In ihrer Ausbildungsgruppe bei Audi war sie das einzige Mädchen. Heute ist sie Vorsitzende der Jugend- und Auszubildendenvertretung bei Audi und hat ihre Berufsentscheidung nie bereut. Sie freut sich, wenn andere Mädchen ihre Begeisterung an Interessierte weitergeben. So wie ihre Kollegin Stefanie Baumgartner, 17, die beim Girls` Day einer Mädchengruppe einzelne Handgriffe am Auto demonstriert.

Händchen für Feinarbeit. »Natürlich gibt es Situationen, da fehlt uns die körperliche Kraft, etwa wenn eine Schraube zu fest sitzt«, sagt Stefanie. »Dafür haben wir Mädchen Stärken in der Arbeitsplanung und ein Händchen für Feinarbeiten.« Mädchen, so das Ergebnis der Studie, sind für Kfz-Berufe genauso geeignet wie Jungs. Ein gutes Argument für diese Laufbahn sind die Verdienstmöglichkeiten (siehe dazu auch Seite 10 und 11). Langfristig eröffnen sich Aufstiegschancen zur Servicetechnikerin, Meisterin oder Betriebswirtin im Kfz-Gewerbe. Die technische Entwicklung in der Branche geht rasant weiter – Stichwort Elektroauto und Hybridantrieb. Beschäftigte können sich permanent weiter qualifizieren. Fachlich ist da noch viel Luft nach oben. ■

Martina.Helmerich@igmetall.de

Mehr im Online-Ratgeber unter:
www.igmetall.de/Mädchen-in-technischen-Berufen

TIPPS

Mädchen in Kfz-Berufen
Von den Auszubildenden zur Kfz-Mechatronikern im Handwerk sind 2,3 Prozent Mädchen. In der Industrie sind es immerhin schon 8,2 Prozent Mädchen.

- **Gute Verdienste und Karrierechancen**
  Gewichtiges Argument für Kfz-Berufe sind die Verdienstmöglichkeiten dank guter IG Metall-Tarife. Nach der Ausbildung gibt es zahlreiche Möglichkeiten, sich weiterzuqualifizieren.
- **Praktika oder Girls' Day zum Reinschnuppern**
  Um zu beurteilen, ob der der Beruf einem liegt, haben sich Praktika und der Girls' Day bewährt.
- **Vorurteile ignorieren**
  Frauen kapieren Technik genau so gut wie Männer. Die Noten von Mädchen sind der beste Beweis.
- **Durchhalten, dranbleiben**
  Wenn man etwas nicht gleich schafft, nicht sofort aufgeben. Die Praxis in Männerberufen schult das Durchsetzungsvermögen.

700 Stunden bis zum Ziel

BETRIEBS-WIRTSCHAFT

Handwerksmeister, die eine kaufmännische Verantwortung übernehmen wollen oder müssen, können sich zum Betriebswirt nach der Handwerksordnung qualifizieren.

Fotos: Christian Jung/Fotolia.com, Phovoi R./panthermedia.com(PM), Benis Arapovic/(PM) (2)

Die Prüfung gliedert sich in die vier Teile: Unternehmensstrategie, Unternehmensführung, Personalmanagement und Innovationsmanagement.

Die Anforderungen an Meister und Führungskräfte in Handwerksunternehmen werden immer umfangreicher. Oft reicht das reine handwerkliche Können nicht mehr aus. Immer wichtiger sind das Wissen über wirtschaftliche Zusammenhänge, die Wettbewerbssituation, über Preis- und Kostenrechnung sowie rechtliche Besonderheiten – auch für den europäischen Markt.

Lehrplan und Zulassung. Wer noch einmal die Schulbank drückt, erhält mit der Aufstiegsfortbildung zum »Geprüften Betriebswirt nach der Handwerksordnung« zahlreiche Managementkenntnisse und kann damit für komplexe betriebswirtschaftliche Probleme passgenaue Lösungen entwickeln.

Kursanbieter sind die regionalen Handwerkskammern, die aber einem bundesweit einheitlichen Lehrplan folgen. Die Lehrgänge nehmen rund 700 Unterrichtsstunden in Anspruch und kann man als Voll- oder Teilzeitmaßnahme absolvieren. Voraussetzung für die Zulassung zur Weiterbildungsprüfung ist entweder die Meisterprüfung in einem Handwerksberuf oder die Abschlussprüfung in einem anderen anerkannten Weiterbildungsberuf und danach eine mindestens einjährige Berufspraxis.

Die Kosten. Die Kosten fallen je nach Kammer und Unterrichtsform unterschiedlich aus und können bei etwa 3000 Euro (ohne Prüfungsgebühr) liegen. Die Förderung durch das Meister-BAföG ist grundsätzlich möglich. Auch manche IG Metall-Tarifverträge regeln die Freistellung und Bezahlung bei Qualifizierung.

Der Betriebswirt HWK ist eine vollständige betriebswirtschaftliche Zusatzqualifizierung und eignet sich selbst für gestandene Meister. Zudem ist danach das Hochschulstudium in fast jedem Bundesland möglich. ■

Antonela.Pelivan@igmetall.de

Rentenanspruch zwischen Abi und Studium

»Versicherungsbiografie« – klingt dröge, ist aber superwichtig. Es geht nämlich am Ende des Berufslebens um die Berechnung der Rente. Und nur, wenn man lückenlos sein Versicherungskonto bei der Rentenversicherung Bund gepflegt hat, bekommt man alles, was einem zusteht. Schulzeiten und Kindererziehungszeiten zum Beispiel muss man extra melden (sogenannte Kontenklärung).

Extra melden wollte eine junge Frau ihre Zeit zwischen Abi und Studium. Sie hatte ihr Abi im März abgelegt und ein Studium erst im Oktober begonnen. Ist diese Wartezeit also rentenrelevant? Der Fall ging vors Sozialgericht Mainz, und das entschied: Nein, diese Zeit zwischen Schule und Studium war zu lang, als dass die Rentenversicherung sie berücksichtigen muss. Bei Wartezeiten von über sechs Monaten sei es zumutbar, dass sich Betroffene um einen befristeten Job kümmern können. Die Gemeinschaft der Rentenversicherten müsse dafür nicht einstehen. ■

KURZ & BÜNDIG

Gute Arbeit finden

Schule gerade abgeschlossen oder frisch von der Uni oder schon erfahren im Beruf, aber sich weiter entwickeln wollen: Die Firmen suchen zunehmend Fachkräfte. Das eröffnet Chancen. Tipps und Infos, wo und wie ein erfolgreicher Einstieg gelingen oder wie man im Job weiterkommen kann, finden sich auf einem Portal von Arbeitsagentur, Bundesarbeits- und -wirtschaftsministerium:

www.fachkraefte-offensive.de

ENGINEERING

Engineering + IT-Tagung

Dieses Jahr findet die Engineering- und IT-Tagung an der Auto-Uni Volkswagen in Wolfsburg statt: Am 26. und 27. September mit den inhaltlichen Schwerpunkten »Zukunft der Arbeit« und dem »Cradle-to-Cradle-Prinzip«. Viele Experten werden da sein, etwa Christiane Benner (IG Metall-Vorstand) und Michael Braungart (EPEA). Interessierte Ingenieure und ITler können teilnehmen und wenden sich dafür an ihren IG Metall-Bezirk.

www.engineering-igmetall.de

Studium nicht absetzbar

Die Kosten für ein Erststudium sind weiterhin nicht als Werbungskosten steuerlich absetzbar. Das entschied das Finanzgericht Münster (Aktenzeichen: 10 K 4400/09 F). Das muss aber nicht für die Ewigkeit gelten. Denn der Bundesrechnungshof wird sich jetzt noch einmal mit dem Thema befassen; nach dessen Rechtsprechung waren sie früher absetzbar.

Karikatur: André Poloczek

Nach seinem Karibikurlaub begnügt sich Stefan nicht damit, einfach nur Urlaubsfotos zu zeigen.

1. Welche der hier genannten Kampagnen stammt von der IG Metall?

Altes Krankenbett – neues Krankenbett ..... A R
Arbeit: Sicher und fair ..... E L
Lebensmittelklarheit.de ..... G L

2. Welche Karte soll künftig die Zuwanderung von Fachkräften aus Drittstaaten erleichtern?

Die elektronische Gesundheitskarte (eGK) ..... B E
Der elektronische Aufenthaltstitel (eAT) ..... T H
Die Blaue Karte EU (Blue Card) ..... E R

3. Wofür steht die Abkürzung BDA?

Bundesverband Deutscher Angeber ..... I T
Bund Durchgeknallter Arbeitgeber ..... A B
Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände ..... Z E

4. Wann wurde die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte verabschiedet?

10. Dezember 1945 ..... E R
10. Dezember 1948 ..... I T
10. Oktober 1972 ..... E N

Lösungswort:

1	1	T	2	2	N	3	3	4	4

Bitte die Lösung bis zum **23. August** unter Angabe von Vor-, Nachname und Adresse auf eine Karte schreiben und per Post an: **Redaktion metallzeitung**, Preisrätsel, 60244 Frankfurt. Oder per E-Mail an: **raetsel@igmetall.de**

Foto: Erwin Wodicka/panthermedia.net

Die Preise im August

1. Eine japanische Tischler-Klappsäge

2. Ein IG Metall-Fußball »Derbystar«

3. Ein Buch »Denk mit« von Thilo Baum